

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Angelagter Preis: Arbeitsvermittlung- und ähnlichen Angelegenheiten die halbjährliche Kolonien-Beile 60 J. Zeichnungsangelegenheiten werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Vrech. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Der Kampf der Bergarbeiter.

Der Kampf der Bergarbeiter ist beendet. Eine Mediationskonferenz, die am 19. März über den Stand des Streiks Bericht entgegennahm und über die weiteren Maßnahmen Beschlüsse fassen sollte, brachte nicht mehr die statutenmäßig erforderliche Mehrheit für die Fortführung des Streiks. Dieser plötzliche Abbruch des Kampfes war notwendig geworden, weil ein erheblicher Teil der Bergarbeiter schon am Sonnabend und Montag die Arbeit wieder aufgenommen hatte. Unter solchen Umständen war der Abbruch des Streiks das Klügste, was getan werden konnte. Die Streikenden haben denn auch, soweit sich übersehen läßt, die Notwendigkeit des Abbruchs eingesehen und sind ebenso diszipliniert, wie sie den Kampf begonnen und geführt haben, an ihre Arbeit zurückgekehrt. Dies der trodene Sachverhalt, den unsere Mitglieder gewiß schon ausführlicher und früher aus der Tagespresse erfahren haben.

Handelte es sich nur um die Tatsache, daß die Bergarbeiter in ihrem zehnjährigen Kampfe um bessere Existenzbedingungen eine Niederlage erlitten haben, so würden wir diesen Bericht mit dem Ausdruck des Bedauerns über den Ausgang des Kampfes schließen. Die Arbeiterschaft weiß, daß ihr Emanzipationskampf kein Triumphzug ist, daß sie nicht immer Siege erringt, sondern auch oft schwere Niederlagen erleidet. Aber bei diesem Kampfe und seinem Ausgange spielen Faktoren mit, die eine etwas eingehendere Betrachtung rechtfertigen. Vorausgeschickt sei, daß die Bergarbeiterverbände der verschiedenen Richtungen sich seit Jahren näher standen als die Verbände in andern Berufen. Die Erkenntnis, daß so mächtige Gegner wie die Zechenherren nicht von einer zersplitterten Arbeiterschaft bezwungen werden können, schien die Gegensätze überbrückt zu haben. Es wurde anlässlich des Kampfes im Jahre 1905 sogar eine dauernde Verbindung in der sogenannten Siebenerkommission geschaffen, in der die christliche, die kirchlich-Dunkersche und die polnische Organisation mit dem freien Bergarbeiterverband gemeinsam über Kampfziele und Kampfmittel berieten. Und die Vertreter der christlichen Organisation trugen einen Radikalismus zur Schau, der direkt anarchistisch anmutete.

Dann kam die bekannte allgemeine Schwärzung der christlichen Gewerkschaften. Sie hatte doppelte Ursachen: religiöse und politische. In Rom hatten die Gegner der „interkonfessionellen“ christlichen Gewerkschaften den Papst zu einer, wenn auch bedingten und verlaufeneren, Beurteilung der Gewerkschaften veranlaßt. Nachdrücklich wurden die christlichen Führer daran erinnert, daß der fromme Christ nicht kämpfen, sondern dulden und entsagen soll, daß also der wirtschaftliche Kampf, namentlich der Streik, ein Verstoß gegen die Grundsätze der katholischen Kirche ist. Am deutlichsten formulierte befanntlich Bischof Henle den Grundsatz in seinem Brevier: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Aber auch die politische Vertretung des deutschen Katholizismus, die Zentrums-partei, sah ihre Kreise durch den christlichen Radikalismus gestört. Den „arroganten Arbeitersekretären“ im christlichen Lager wurde ganz unverblümt gesagt, daß die Taktik der christlichen Gewerkschaften nicht nur den „Grundsätzen eines gefunden Katholizismus“ widerspreche, sondern auch den Grundsätzen einer jesuitisch orientierten Zentrumspolitik. Und die christlichen Führer schwenkten ein wie eine Korpskassette Rekruten. In der Presse und in den Versammlungen stand nicht mehr der Kampf gegen die Unternehmer, sondern immer nur der Kampf gegen die freien Organisationen auf der Tagesordnung. Im letzten Reichstagswahlkampf fand dieses Verhalten in dem offenen Bündnis zwischen Zentrum und Scharfmachern seinen würdigen, richtiger unwürdigen Höhepunkt.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die veränderte Haltung der christlichen Gewerkschaften, deren Verlauf und Ursachen hier kurz angedeutet wurden, auch auf das Verhältnis der Bergarbeiter-organisationen zurückwirken mußte. Zwar kam das nicht sofort und offen, etwa in einem unvermittelten Abbruch der Beziehungen zu Ausbräu — so dumm arbeiten die Herren nicht. Im Gegenteil, die Vertreter des christlichen Gewerkschaftsbundes beteiligten sich zunächst an den Verhandlungen der Verbände über die einzuleitende Bewegung. Erst als sie sahen, daß es ernst wurde, ließen sie ihre Kameraden im Stich. Die übrigen drei Verbände ließen sich dadurch nicht abhalten, ihre Forderungen einzureichen, und sie zogen, als alle andern Wege erfolglos waren, die letzte Konsequenz mit der Proklamierung des Streiks. Und jetzt beginnt die Infamie. Der christliche Gewerkschaftsbund begnügte sich nicht damit, seine Mitglieder zum Streikbruch zu treiben, sondern er setzte alle Hebel in Bewegung, um den Streik niederzuzwingen. In Hunderttausendern von Flugblättern wurden die Bergarbeiter gewarnt, Solidarität zu üben, in Dutzenden von Versammlungen erhoben die christlichen Gewerkschaften den Vorwurf, der Streik sei leichtfertig und ohne Grund begonnen. Aber sie taten noch mehr: Sie schrien sich heiser nach Polizei und Militär zum Schutze der Arbeitswilligen; sie hezten in der Presse, in Versammlungen, in den Parlamenten die Regierung, die Behörden und die Öffentlichkeit gegen die Streikenden auf, sie benutzten all ihren Einfluß und ihre Verbindungen, um den Streik der Arbeiter zum Zusammenbruch zu treiben. Während selbst ausgesprochene Scharfmacherblätter, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, den Streikenden attestierten, daß sie Disziplin hielten und sich nicht zu Putzschritten hinreißen ließen, schrien die christlichen Führer über maßlosen Terrorismus. Ja, der Gewerkschaftsbund forderte seine Mitglieder, die sich mit den Streik-

den trotz aller christlichen Heze solidarisch erklärt hatten, auf, sich die Streikunterstützung durch Unterzeichnung eines Schriftstückes zu sichern, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich, Unterszeichneter, erkläre hiermit, daß ich nicht streiken will. Ich kann leider jetzt nicht zur Arbeit kommen, weil die Unsicherheit auf dem Wege zu groß ist, daß ich ohne Gefahr für mein Leben und meine Gesundheit den Weg nicht machen kann. Ich erkläre mich bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sobald die Besätze dafür sorgt, daß ich diese ohne Gefahr wieder aufnehmen kann.“

Wir machen keinen Versuch, dieses Schreiben und die Männer, die es entworfen haben, zu charakterisieren. Mit parlamentarisch zulässigen Worten wäre das ohnehin nicht möglich. Es ist aber auch nicht nötig — wer sich noch ein Fünkchen Solidaritätsgefühl bewahrt hat, wer sich noch nicht mit Haut und Haaren den Feinden der Arbeiterschaft verschrieben hat, weiß nach diesem Probestück, was er von den christlichen Gewerkschaften zu erwarten hat.

Nach der christlichen Bearbeitung der Dessenhaftigkeit kamen der Tragödie zweiter und dritter Akt: Die Verhandlung über den Streik im Reichstag und im preussischen Landtag. Einmütig und geschlossen stand die Reaktion auf. Die Bergarbeiter hatten nur in der Sozialdemokratie Freunde und Fürsprecher. Im Vorder-treffen der reaktionären Sturmfronten aber standen die christlichen Gewerkschaftsführer, die Giesberts, Behrens, Imbusch, Brust. Was diese Herren in ihren Reden an Hohn, Spott und Schlimmerem auf die kämpfenden Bergarbeiter ausgeschüttet haben, ist einfach unsagbar. Die Scharfmacher in der nationalliberalen und freikonserватiven Partei müssen zu Tränen gerührt gewesen sein. Und die Anhänger und Befürworter neuer Zuchtanstalten gegen die Arbeiter haben in den Reden der christlichen Führer ein geradezu unschätzbbares Material.

Die Folgen dieser christlichen Verhetzung zeigten sich bald. Die Regierung beorderte nicht nur Tausende von Gendarmen, sondern auch Militär mit Maschinengewehren in das Streitgebiet. Und die Zechenherren lehnten nicht nur alle Verhandlungen brüsk ab, sondern vertrieben die Streikenden brutal und unmenschlich aus den Werkshöfen. So hatten die Bergarbeiter keine andere Möglichkeit, die Ausübung der gewerkschaftlichen Kampfmittel in der ihnen geradezu unmöglich gemacht. Nicht nur jede Unterstützung der Streikbrecher wurde verhindert, sondern auch die feste Zusammenfassung und Kontrolle der Streikenden erschwert. Abfälle wurden geschlossen, Versammlungen verboten, Sitzungen aufgehoben usw. Unter solchen Umständen ist es schließlich zu verstehen, daß ein erheblicher Teil der ohnehin erst jung oder gar nicht organisierten Kämpfer fahnenflüchtig wurde.

Daß die Christlichen die Beteiligung am Streik ablehnten, hat den Kampf der Bergarbeiter erschwert, daß sie sich mit der Ablehnung nicht begnügten, sondern bewußt und planmäßig gegen die kämpfenden vorgingen, machte ihn aussichtslos. Mit dem Reichskapital wären die Knappen fertig geworden, der Verrat der eigenen Arbeitsbrüder hat sie noch einmal niedergedrungen. Selbst ein bürgerliches Blatt, die „Frankf. Ztg.“, konstatiert das mit folgenden Sätzen:

„Was diesen Streik kaputt gemacht hat, das ist die Uneinigkeit der Bergarbeiter oder genauer: die Haltung des christlichen Gewerkschaftsbundes. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Streik einen andern Verlauf genommen hätte, wenn sich die Christlichen nicht abseits gehalten hätten. Auf dem christlichen Gewerkschaftsbund liegt die Verantwortung für den Ausgang dieser Lohnbewegung, insbesondere auf seinen Führern, die den Gewerkschaftsbund eine Politik besorgen ließen, die keine Gewerkschaftspolitik ist.“

Das Blatt der Scharfmacher aber, die „Post“, schreibt schamungslos:

„Zum zweiten ist dieser Erfolg (die Niederlage der Bergarbeiter) jedoch fraglos auch der Haltung der christlichen Gewerkschaften zu danken, welche es ebenso mutig als entschieden abgelehnt haben, mit der Sozialdemokratie zu koalieren und dadurch die Krise zu verstärken. Die christlichen Gewerkschaften haben mit ihrem Verhalten, das im Falle eines Scheiterns des Ausstandes für sie zu schweren Rückschlägen führen konnte, den Dank aller nationalen Kreise verdient.“

Dieses Lob haben die Christlichen redlich verdient. Es ist deshalb auch durchaus konsequent, wenn ein andres Scharfmacherblatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, den Christen „ein Bündnis mit den Wertvereinen“ empfiehlt. Man darf allerdings fast bestirnen, daß die Selben das Bündnis aus Feindschaftsgründen ablehnen.

Die Christen haben also nicht nur den Scharfmachern Material zu einem neuen Zuchtanstalt geliefert, sondern sie haben auch die Niederlage der Bergarbeiter verschuldet. Das sind unverrückbar feststehende Tatsachen, die nicht weggelugnet werden können. Das wissen auch die Christen, und deshalb versuchen sie weniger die Ableugnung als die Rechtfertigung. Abgesehen davon, daß sich ein Vorgehen wie das der Christen überhaupt nicht rechtfertigen läßt, sind die vorgebrachten Gründe geradezu lächerlich. Der Streik der Bergarbeiter soll politische Motive gehabt haben, er soll aus Sympathie mit den streikenden englischen Bergarbeitern ausgebrochen bzw. „angezettelt“ sein. Die Unhaltbarkeit dieser Argumentation wird durch die einfache Feststellung erwiesen, daß die Arbeitseinstellung in Deutschland den englischen Bergarbeitern mehr schadet als nützt; denn sie sichert den englischen Grubenbesitzern ihre Absatzgebiete. Sie wird ferner erwiesen durch den Beschluß einer internationalen Konferenz der Bergarbeiterorganisationen, der ausdrücklich erklärt, daß ein Sympathiestreik zugunsten der englischen Bergarbeiter nicht gemünzt wird. Einige andre Ein-

wände der Christen sind nicht minder fadenförmig. Es bleibt demnach für das Verhalten der Christen nur die Erklärung übrig: sie haben die gewerkschaftlichen Interessen den religiösen Anschauungen orthodoxer Katholiken und den politischen Interessen des Zentrums untergeordnet. Dies ist zwar schon oft geschehen, aber noch nie so unverblümt und in solchem Umfange. Diese Tatsache wird und muß die taktische Haltung aller Gewerkschaften den Christlichen gegenüber beeinflussen. Sie wird und muß aber auch immer mehr christlich organisierte Arbeiter zu der Erkenntnis bringen, daß ihre Interessen nicht gewahrt werden können in einer Organisation, die sich unverblümt als eine Schutztruppe der wirtschaftlichen und politischen Reaktion geriert hat.

### Aus dem Reichstage.

Raummangels halber mußte der Bericht über die Tätigkeit des Reichstages in der Woche vom 10. bis 17. März ausfallen. Heute sei das Wichtigste davon nachgeholt. Zur Verhandlung stand noch immer der Etat. Zwar ist die allgemeine Beratung zu Ende; ihr folgte jedoch die spezielle Besprechung der einzelnen Kapitel. Dabei gab es viele und lange Reden. Manchmal sogar gute. Trotzdem hat das Schillerwort: „Wenn gute Reden sie begleiten, dann fließt die Arbeit munter fort“ hier wenig oder gar keine Berechtigung.

Beim Kapitel Reichsamt des Innern nahmen die Redner der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Fortschrittler das Pensionswesen einmal unter die kritische Lupe. Es ist nämlich wiederholt vorgekommen, daß sich Herren aus dem Reichsdienst pensionieren ließen, um nach erfolgtem Abschied in der Privatindustrie in die bestbezahlten Stellen einzutreten. So Herr van der Borcht, Präsident des statistischen Amtes, der nach seiner Pensionierung eine Stellung annahm, die ihm mit 40000 Mark honoriert wird. Vor ihm ging Vizeminister von Nöldeke aus dem Reichsdienst in eine Werft, die Versicherungen für das Reich sehr gern entgegennimmt. Der frühere Admiral von Hollmann wurde nach erhaltenem Abschied Aufsichtsratsvorsitzender der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die Dieselantin des Reichs ist. Diese Fälle mehren sich. Sie sind eine Gefahr in doppelter Beziehung: einmal, daß eine Pensionierung der Beamten in einem Alter erfolgt, in welchem diese noch tüchtig sind, zweitens kann eine Schädigung des Reiches erfolgen, wenn seine pensionierten Beamten in Beziehungen zu den Verwaltern des Reiches treten. Es wurde eine Resolution der Budgetkommission angenommen, nach welcher das Pensionsgesetz für Beamte und Offiziere so geändert werden soll, daß das Gehalt aus einer Privatentlohnung auf das Gehalt angedreht werden kann.

Zur Förderung der Gekocherei wurden 25000 Mk. mehr ausgesetzt.

Alsdann wurde eine Resolution angenommen, welche zur Vorbereitung der Handelsverträge eine umfassende Produktionsstatistik des Jahres fordert und eine Denkschrift über die Produktionsverhältnisse der mit Deutschland im Wettbewerb stehenden fremden Staaten wünscht. Von den Sozialdemokraten wurde eine höhere Entschädigung für die Familien der zu militärischen Lebungen einberufenen Männer gefordert. Interessant ist, wie wir im Wirtschaftsleben in das internationale Recht hineinwachsen. Da wurden im Etat 75000 Mk. gefordert zur Unterstützung des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom. Für die internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiter wurden 8000 Mk. zur Unterhaltung des internationalen Arbeitsamtes ausgesetzt. Für das Internationale Bureau für die Veröffentlichung der Volkstare in Brüssel wurden 6100 Mk. gefordert. Für die Beamten dieses Bureaus soll ein Pensionsfonds geschaffen werden. So müssen die ausgesprochenen Feinde der internationalen Institutionen schaffen und mit Reichsmitteln unterstützen.

Bei dem Kapitel 7a, Titel 19, Förderung des Abzuges landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft wurden 150000 Mk. verlangt. Hier wurden die Klagen über die verheerenden Wirkungen der Maul- und Klauenseuche vorgebracht und mehr Mittel zu deren Bekämpfung, vor allem auch für Erziehung des Krankheitsregers gefordert. Das Zentrum und die Polen verlangten die Übernahme der Kosten für die Seuchenbekämpfung auf den Staat. Eine Resolution der Nationalliberalen forderte, daß Mittel für die wissenschaftliche Erziehung der Seuche und ihrer Bekämpfung auch zur Unterstützung von Privatforschern bereitgestellt werden. Bei Ausbruch der Seuche soll die Tötung der betroffenen Viehbestände durch Gewährung von Entschädigungen ermöglicht werden. Die Bekämpfung der Seuche soll einheitlich und ohne Gärten durchgeführt werden. Kosten für ärztliche Untersuchungen und Atteste soll die Staatskasse übernehmen. Die Sozialdemokraten beantragten, einen Gezeigentwurf einzubringen, durch den eine obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen durchgeführt wird. Alle Resolutionen wurden angenommen. Gegen jene der sozialdemokratischen Fraktion stimmten Konservative und das Zentrum, ein Teil der Freimünger und Nationalliberalen. Bei dem Titel Reichsstatistikkommission verpflichtete Genosse Schulz das System der Einjährig-Freiwilligen als Privileg der Bestrentierten und forderte Herabsetzung der Dienstzeit.

Donnerstag, den 14. März, stand die Angelegenheit des Zentrums zur Besprechung:

Ist der Herr Reichsanzler bereit, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben, und was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende dieses den deutschen Volkswohlstand schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen? Der Wortlaut der Anfrage könnte zu der Annahme verleiten, ihr Zweck sei, die Regierung zu bewegen, kontraktatorische Verhandlungen über Beendigung des Streiks herbeizuführen, etwa so, wie die englische Regierung es versucht. Inbes die Begründung des Herrn Schäffer, Vorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes und Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, ließ keine Zweifel aufkommen, was mit der Anfrage gemeint war. Neben einem Hieb, den Schäffer den Selben versetzte, bestand die ganze Rede in einer Anklage gegen den alten Bergarbeiterverband und dessen Taktik, in der Rechtfertigung der Haltung des christlichen Gewerkschaftsbundes, dem Schrei nach „Aufrechterhaltung der Ordnung“ und „Garantie der Freiheit“ für die Streikbrecher, in der Aufforderung an die Zechenleiter, mit den „Christen“ Frieden zu schließen und Abkommen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu treffen und in der geradezu blöden Unterstellung, der Streik sei nicht aus wirtschaftlichen, sondern politischen Ursachen und aus Sympathie für die englischen Bergarbeiter entstanden. Das war keine Friedensliebende, sondern eine Scharfmacherfanfare. Hätte sie ein national-liberaler Zechenfreund gehalten, dann hätte man sich nicht weiter darüber zu wundern brauchen. Der hätte damit seiner Kasse, seiner

Klasse genügt; zur Wahrung der Ausbeuterrechte und deren Verteidigung wird er gewählt. Aber Schiffer ist aus der Arbeiterklasse gekommen, jünger als wirtschaftlicher Vertrauensmann der christlichen Leitenden, und hier im Parlament tritt er auf als Bundesgenosse der Herrenhausmitglieder, der reaktionärsten arbeitserfreundlichen Mitglieder des preussischen Landtages und der dildendungrigen Schloßbarone. Bei alledem mußte er die Berechtigung des Streiks anerkennen. Der „Rustarbeitervertreter“, der geneigt ist, über ein Streikverbot entgegengegensetzliches „Hui“ Proklamationen zu verlegen, fand kein Wort des Miempfindens für die Arbeiterklasse. Das Gefühl für sein Amt scheint dem Herrn vollständig abhanden gekommen zu sein. Als ihm von den Vätern der Sozialdemokratie bei Besichtigung seiner Kapuzinade das Wort „Judasscharia“ entgegenkam, quittierte er mit höhnischem Lächeln. Wenn der Staatsminister und der preussische Handelsminister auf Seiten der Unternehmer stehen, wer wundert sich darüber in Preußen-Deutschland? Vor Jahren sagte der Staatssekretär Delbrück allerdings einmal, es gelte „die Seele der Bergarbeiter zu erobern“. Hier war Gelegenheit geboten, und es stellte sich heraus, daß dem Herrn die Seele der Dildendungrigen und Bedenbarone lieber war! Schugmannsaufgebot, Kavallerie, Karabiner, Maschinengewehre sind wieder einmal Verordnungen preussisch-deutscher Sozialpolitik. Diese „Sozialminister“ saßen sich sogar von dem fortschrittlichen Gothein beschämten, dessen Partei jahrelang die gesetzgebenden Eingriffe zu Gunsten der Arbeiter verweigerte. Gesehen an dem Staatssekretär Dr. Delbrück ist Herr Gothein ein Sozialpolitiker von Ruf und Bedeutung. Die Redner der Konvention, der Reichspartei und der Antimilitären bewegten sich natürlich auf der von Herrn Schiffer beschrittenen Bahn. Ueberboten wurden sie nur noch von Herrn Behrens. Der ist bekanntlich auch „christlicher Arbeitervertreter“! Herr Schiffer legte sich wenigstens in der Dauer seiner Rede Beschränkung auf, aber Franz Behrens, dieser Verleumdung der mühsigen arbeitserfreundlichen Reaktionen, gebrauchte zu seiner Schimpfplatonie längere Zeit. Sein Mund bildete das Maschinengewehr, angewandt in der Rede gerichtet gegen Streikende und Streikleitende. Auf den Einwand, daß im Jahre 1905 die Christen nicht gestreift, und zwar auch unter Kontraktbruch, erwiderte er, inzwischen hätten sich die Verhältnisse geändert. Weiter schwang sich dieser Herr zu der Behauptung auf, daß die streikleitenden Christlichen durch Terror von der Arbeit zurückgeschoben worden seien, weil es an genügend Polizei und Soldaten gemangelt habe. Daß die streikwilligen schienen, hauen, mit Revolvern ausgerüstet waren, fand er ganz in der Ordnung. „Sollen sich die Leute die Knochen kaputt schlagen, Heus und Hof demolieren lassen?“ fragte er entrüstet. „Nein, da muß man sich seiner Haut wehren.“ Den Unternehmern hätte er den Rücken mit der Besichtigung dieses Streiks als „einen unglücklichen“, der schon im Entstehen verloren war“. Und dann schloß er ab die tabulierten Fehler auf, mit denen nach seiner Meinung der Streik und die Organisationen befaßt waren. Wie handelt der Streik und der Vertreter im Kriege? Er legt bloß die Mängel strategischer Punkte oder zeigt dem Feinde vorgerückte Pläne, auf denen er den Landsleuten in den Rücken fallen kann. Für den Vertreter im Krieg hat man die richtige Verschönerung, besonders wenn er gar zu den „Führern“ gehört. Hoffentlich haben die Vertreter der Arbeiter auch bald ihren Lohn dafür. Bei der Hege gegen die streikleitenden Bergarbeiter, den alten Verband und dessen Zeitung machte Herr Giesberts den dritten aus der Reihe demagogischer Arbeitervertreter. Es gelang ihm, die edlen Seelen Schiffer und Behrens noch zu übertrumpfen. Der Mann witzelte über Salonjournalisten, die von keinem Grammatiker proletarischen Empfindens beschwert seien. Der Wackerer hat gezeigt, daß er die Höhe und Sorgen dieser Welt begreifen hat, mit denen er einst getrieben! Und mehr! Er hat den Grammatiker Berg- und Hüttenverwaltung den Pfahl gezeigt, der im Fleische der Bergarbeiterbewegung steht: Zerplitterte Organisationen. „Arzenei, herrliche und unentbehrlich!“ wird in Zukunft erst recht Rücksicht für die Ausbeuter sein!

Die moralische Stämpfung nahmen die Sozialdemokraten Sachse, Erdmann und König vor. Das endgültige Urteil werden einst die Arbeiter fällen.

Die Woche vom 17. bis 24. März brachte zunächst eine Debatte über die Ausführung des Kaltegesetzes. Dieses Gesetz, obwohl erst einige Jahre alt, zeigt so viele Mängel und nicht so große Schäden an, daß eine Abänderung unabwendbar ist. Die Redner der Sozialdemokratie forderten als einfachste und beste Lösung der Schwierigkeiten Verstaatlichung der gesamten Kalteindustrie. Der sog. Abg. Heß legte sogar einen verwerflichen Entwurf für die Herbeiführung der Verstaatlichung vor. Die bürgerlichen Parteien waren dafür natürlich nicht zu haben. Es wird also weitergemacht. Am 20. März kam das Kapitel Reichsversicherungsamt zur Beratung. Bei diesem Punkt sollte unser stolzer Herr das Gleich der christlichen Arbeiter vor dem Reichstag auf. Er forderte Ausbau des Arbeiterhauses, vor allem aber die Heranziehung von Arbeitern zur Entscheidung über den Gesundheitszustand der Arbeiter der gesamten Industrie. Der Vertreter der Regierung, Ministerdirektor Casper, wußte auf die wichtige Anklage nichts zu erwidern, er konnte einfach seinen Kollegen Humm, indem er auf die „Anklagebeschuldigungen der christlichen Fabriken hinwies. (Unter demnähe Industrie bringen wir einen ausführliche Würdigung dieser Debatte.)

Sein hiesiger Reichsversicherungsamt forderte Silberstein die Verstaatlichung und Wallerbuch eine sozialistischere Aufsicht über die Reichsversicherungsämter. Gewisse Legien rügte beim Reichsamt die Verbringung ausländischer Arbeiter. Der Vertreter der Regierung erklärte darauf, daß „nur“ 36 Prozent der beschäftigten Arbeiter Ausländer seien, das sei ein ganz „normales Verhältnis“. Im Zusammenhang wurde über die Verlängerung der Brüsseler Handelskonvention beraten. Die Verlängerung wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

### Zum Verbandstag.

Das Komitee des Jahres im Zeichen der Einheit ist — eine neue, höhere Form und doch, welche Veränderungen können in sich bergen? Diese Betrachtung wird sich natürlich jedem einzelnen Quartier und streuen in unserem Verband aufdrängen, wenn er die Zusammenkunft des 11. Verbandstages betrachtet. Als im Dezember des 10. Verbandstages in Halle versammelt waren, hatten wir in Deutschland, und nicht nur hier, an einem Wendeort in Deutschland. Die seit Ende 1907 bestehende Krise begann einen neuen Wendepunkt zu machen. Für die Unternehmungen der Gewerkschaften war diese Krise eine Belastungsprobe geworden. Auch unter Verband tagten sich erhebliche Summen an Gewerkschaften an die Ober der Krise. Wenn auch darüber ein einmütiges Urteil herrschte, daß die Gewerkschaften durch ihre Unternehmungen die Krise gut überstanden haben, so wurde doch immerhin das Hauptaugenmerk in unsern Verband, wie auch in anderen Organisationen auf den Verbandstag der Zusammenkunft in Berlin und in Halle wurde deshalb sehr an die zur Stärkung der Verbandstätigkeit einer Reihe von Jahren und zum Teil auch beantragte Maßnahmen getroffen. Einmal mehr ist es in den Verhandlungen in Berlin, und bei den allen Delegierten des Verbandstages die Verhältnisse im Zusammenhang, daß wir für die beginnende Hochkonjunktur und die neuen Unternehmungen der Gewerkschaften gewisse Mittel zur Verfügung stellen müssen. Das Komitee der Verhandlungen hat sich für die Durchführung des Verbandstages am 5. März um Mittel und die Vermeidung unserer Unternehmungen. Die von der Gewerkschaften beantragten Beiträge der Gewerkschaften am 10. März für die nächste Zeit der Verhandlung ab.

Die Höhe der Beiträge wurde im Zusammenhang mit der letzten und nach der vorliegenden Krise der Gewerkschaften. Die Höhe der Beiträge wurde im Zusammenhang mit der letzten und nach der vorliegenden Krise der Gewerkschaften. Die Höhe der Beiträge wurde im Zusammenhang mit der letzten und nach der vorliegenden Krise der Gewerkschaften.

Konflikte als Vorposten des Kampfes betrachtet werden können. Je mehr wir aber in unsern zukünftigen Gebieten vorbringen, werden auch die Kriegskosten naturgemäß größer werden und an der Hand dieser Erwidlung betrachtet, halte ich auch unsern gegenwärtigen Kriegskampf in Anbetracht unser Mitgliederzahl für unzureichend. Da aber der Klassenstand absolut wie relativ ein besserer geworden ist als 1910, so dürften wohl etwaige Vorschläge auf Beitragserhöhung noch weniger Gegenliebe finden als in Halle.

Einige Zahlen aus den ersten drei Quartalen der Jahre 1910 und 1911 dürfen für die Beurteilung unser Verbandsumfänge von Nutzen sein. Im dritten Quartal 1910 schlossen wir mit einem Klassenstand von 1245 001 M. ab; dasselbe Quartal 1911 schloß mit einem Bestand von 1766 107 M. ab, mithin ergibt sich ein Plus von 518 106 M. Entsprechend der Mitgliederzahl entfielen im dritten Quartal 1910 auf jedes einzelne Mitglied 7,66 M. Hauptklassenbestand. Am Schlusse des dritten Quartals 1911 entfielen auf jedes Mitglied 12,45 M., mithin hat sich auch hier der Anteil an der Hauptklasse pro Kopf um 1,79 M. erhöht. In Erwerbslosenunterstützung zahlten wir in den drei Quartalen drei Quartalen 1910 850 845,57 M. und in den drei Quartalen drei Quartalen 1911 873,93 M. In Streik- und Maßregelungunterstützung in denselben Quartalen 1910 800 184,23 M. und 1911 823 261,19 M. Die Differenz zwischen diesen beiden Hauptausgabenposten unseres Verbandes beträgt nur 410,42 Mark zuzunehmen der drei Quartale 1911.

Eng zusammen mit der Finanzabteilung unser Verbandes hängt der dritte Punkt der vorläufigen Tagesordnung des 11. Verbandstages, „Die Abgrenzung unser Agitationsgebietes“. In Halle ist schon darauf hingewiesen worden, daß die mitunter erhebliche Beteiligung unser Verbandes an Streiks und Ausperrungen in nicht-zuständigen Industrien schwere Opfer erfordert. Hier durch eine klare Aussprache großer Sills Wandel zu schaffen, wird neben dem Punkt „Die Branchengliederung innerhalb unserer Organisation“ die Hauptaufgabe des 11. Verbandstages sein. Daß es unter den unbesoldeten wie besoldeten Funktionären unser Verbandes noch eine Anzahl gibt, die bemüht sind, je nach den dringlichen Verhältnissen die eine oder die andere unzuständige Industrie unserem Verbande zu erhalten, hat zum größten Teil seine Ursache in der historischen Entwicklung des deutschen Gewerkschaftslebens. Die unbesoldete Tatsache, daß sich der sogenannte „angeleitete“ oder ungelernete Arbeiter infolge des noch vereinzelten Auftretens Berufsämtern der gelernter Berufe nicht leicht in das Gebilde des Industrieverbandes einleiten kann, verleitet immer noch wieder einzelne Mitglieder unser Verbandes, die gänzlich unzulässigen Anträge auf Verschmelzung aller ungelerneten Arbeiter zu einem Verbande zu stellen. Jeder Kenner der organisierten Arbeiterbewegung weiß, daß die Verwirklichung solcher Anträge ganz unmöglich ist. Aus diesen Gründen sollten wir auch — im Interesse des noch zu bearbeitenden unzuständigen Gebietes unser Verbandes wie auch im Interesse unser Finanzen — dort, wo es noch geschieht, die Agitation und Aufnahme neuer Mitglieder auf den Werken, in der Metallindustrie, Holzindustrie, Lederindustrie wie überhaupt unter den Hilfsarbeitern der gelernter Berufe einstellen und die Unorganisierten an die in Frage kommenden Industrieverbände überweisen. Wenn wir so auf der einen Seite unser Grenzen ziehen und durch Abschluß von Parteiverträgen beweisen haben, daß es uns nicht darauf ankommt, „Hans Dampf in allen Gassen“ zu sein, so wird es aber auf der andern Seite nötig sein, ungewöhnlichen Organisationsbestrebungen anderer Organisationen ganz energig entgegenzutreten. Ich habe da vor allen Dingen den Transportarbeiterverband im Auge. Es ist geradezu ein trauriges Kapitel, auf das man immer wieder zurückkommen muß. Trotz der klaren Morale, die vom Hamburger Gewerkschaftstagen der Transportarbeiterresolution zugrunde gelegt wurden, beanspruchten die Transportarbeiter in einer Gemischer Fabrik, in der z. B. 300 Personen beschäftigt sind, die im Paddock beschäftigten 10 bis 15 Arbeiter oder Arbeiterinnen. Durch eine solche Zerplitterung in einem Betrieb mit ausschließlich ungelerneten Arbeitern wird der Arbeiterfrage kein Dienst geleistet. Gegenüber diesen und noch andern unbedingten Invasionen in unser Agitationsgebiet wird in Dresden nachdrücklich protestiert werden müssen. Mögen unsere agitatorisch tätigen Kollegen diesen Bestrebungen ihre Aufmerksamkeit widmen.

Zum Schluß noch einige Worte zum vierten Punkt der Tagesordnung. Mit mir werden wohl alle agitatorisch tätigen Kollegen und Kolleginnen, besonders in den größeren Zählstellen, diesen Punkt mit besonderer Freude begrüßt haben. Es braucht wohl nicht besonders betont werden, daß es durchaus notwendig ist, die in einzelnen Zählstellen schon vorgenommene Branchengliederung nach einheitlichen Grundsätzen für den gesamten Verband zu regeln. Die Gew- und Agitationsleiter und auch der Vorstand wissen, welche ungeheure Arbeitsleistung heute mit der Vorbereitung und Durchführung der Lohnbewegungen, die sich zum größten Teil nur auf einzelne Betriebe der verschiedensten Industrien verteilen, verbunden ist. Die Zusammenfassung der in einer bestimmten Branche beschäftigten Personen wird erstens die Agitation beschleunigen, zweitens wird aber auch die Materialbeschaffung — Sammlung und Bearbeitung — erleichtert werden und drittens werden wir allmählich durch die Branchengliederung die Untergründe in den Lohn- und Arbeitsbedingungen in einer Branche und in einem Wirtschaftsgelände befestigen und dadurch die Grundlagen eines einheitlichen Vorgehens bei Lohnbewegungen bekommen. Um hier die richtigen Formen für das Verhandlungs- und die Kompetenzen der Branchen zu finden, ist es notwendig, daß sich die in der Praxis tätigen Kollegen recht zahlreich an der Diskussion in unsern Verbandsorganen über diesen Punkt weit überhaupt zur Tagesordnung des Verbandstages äußern. Wozu ich mit diesen Zeilen beigetragen haben möchte.

### Papier-Industrie

#### Unternehmer-Terrorismus in Ammendorf.

Was in Ammendorf alles als Mittel zur Einschüchterung der Arbeiter am 12. zeigt uns folgender Anschlag, der den Arbeitern der Ammendorfer Papierfabrik in Ammendorf am 26. Februar 1912 zur Kenntnis gebracht wurde:

Anschlag. In diesem Jahre erfüllen wieder eine größere Anzahl Personen ihre 12jährige bzw. 15jährige Tätigkeit bei der Ammendorfer Papierfabrik für die wir immerhin bei guter etwaiger Führung eine Gratifikation in Form eines Sparrentenbuchs mit 100 bzw. 50 M. Einlage in Aussicht gestellt haben.

Nach den Vorgängen in den letzten Tagen ist es wohl ganz selbstverständlich und jedem einleuchtend, daß wir diese Vergünstigungen unter keinen Umständen denjenigen Personen zuteil werden lassen, welche der Organisation angehören, die jedes Unternehmen als Feind und Angriffsobjekt betrachtet.

Die in Frage kommenden Personen führen wir nachstehend an und fordern jeden, der sich um die Erlangung der Prämie bemüht, hiermit auf, im Kontext auf Wahrheit und Ehre durch seine Unterzeichnung zu erklären, daß er der Organisation nicht angehört und nicht beitreten wird.

Es folgen zwei Namen von Arbeitern, die 12 Jahre und 33 solcher, die 5 Jahre ihre Arbeitskraft dem Unternehmen zur Ausübung zur Verfügung gestellt haben.

Jeder dieser wird sich fragen, was kann denn eigentlich in dem Verlaufe geschehen sein? Die Antwort lautet Nichts, rein gar nichts! Nur ein verächtliches Summen und Wurren der Arbeiterkraft will die Verabschiedung auf diese Art zum Schweigen bringen.

Diese Artgratifikation hat ihren Aktionären im Jahre 1910 22 Prozent Dividende gebracht und im Jahre 1911 gar 23 Prozent. Eigentlich können 25 Prozent verteilt werden können, wenn die Zahlungen und Abschreibungen weniger hoch gewesen wären. Auf eine 1000-Mark-Rente wurden 200 M. Dividende gezahlt, während ein ganz entsprechender Einbehaltungsbetrag. Jeder einzelne Arbeiter hat zu dem Kleingewinn jährlich im Durchschnitt in runder Summe 330 M. beitragen müssen. — Die letzten fünf Jahre die Löhne der Arbeiter in diesem Betriebe sind: 26. 27 bis 29 für die Jahre bis zu 20 Jahren, 30, 32 bis 33 bis 35 für die darauffolgende Jahre nach langjähriger Tätigkeit, und Entsprächen von monatlich 5 bis 18 M. bei 12jähriger Arbeitszeit, das sind die Löhne, von denen die Aktionäre reich werden. Die Behandlung sprang jeder Arbeiter. Nicht selten werden Prämien und Gratifikationen verweigert. Ein kürzlich wurde ein 15jähriger junger Mann von einem Betriebsleiter mit Fußstapfen trüßert. Dieser Herr war aber

einmal an die falsche Adresse gekommen; er wurde von dem so traktierten Arbeiter, der gerade einen Beleg in der Hand hatte, ordentlich verhalten. Mehrfache Beispiele sind öfter zu verzeichnen.

Der Verband der Fabrikarbeiter hatte sich vor einiger Zeit nach Ansicht der Betriebsleitung so „vermessen“ gezeigt, der Arbeiterschaft in einbringlicher Weise die Gegenläufe von Unternehmergewinnen und Arbeiterlöhnen in zwei Betriebsbesprechungen vor Augen zu führen. Sofort witterte die Leitung unter den Arbeitern Morgenluft, und die sollte mit dem Ulaß wieder verschüttet werden. Das Gegenteil ist erreicht worden. Trotz der Spitzel haben die Arbeiter schon zum Teil zu erkennen gegeben, daß nur eine starke Organisation andre, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen kann. Auch die wenigen noch Arbeitsstehenden sollten jetzt zeigen, daß sie nicht als Schmarotzer gelten und sich durch ihre Arbeitskollegen die Kasernen aus dem Feuer halten lassen wollen. Für sie in erster Linie heißt es: hinein in die Organisation!

Die Betriebsleitung ist bestrebt, besonders österreichische Papiermacher in ihren Betrieb zu locken. Schon manche traurige Erfahrungen haben die fremden Papiermacher hierbei machen müssen. Die Ammendorfer Kollegen erwarten, daß jeder Papierarbeiter Solidarität löst und Ammendorf meidet.

#### Die Terroristen in Saltau.

In Nr. 2 des „Proletariats“ berichteten wir über den Terrorismus der Papierfabrik Saltau bei Breslau. Der Direktor dieser Fabrik versammelte am Tage nach der Reichstagswahl die Eltern der Arbeiter, deren Söhne und andre Angehörige den freien Gewerkschaften angehören, und teilte ihnen mit, daß sie ihre Wohnungen in den Arbeiterwohnhäusern der Fabrik verlassen müßten, wenn sie ihre den gewerkschaftlichen Verbänden angehörenden Familienmitglieder nicht binnen kurzer Zeit hinausgewiesen hätten. Der Andyrieberantenverlag, der bis dahin sein Papier in der Hauptstadt von dieser Firma bezogen hatte, hat nun die Firma um Auflösung über die gerügten Vorgänge ersucht und ihr gleichzeitig mitgeteilt, daß er erwarten müsse, daß alle Firmen, von denen er seinen Bedarf bezieht, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten anerkennen. Die Firma antwortete darauf mit: „Wir müssen es aus prinzipiellen Gründen ablehnen, irgendwelche Auflösungen zu geben über die Maßnahmen, die wir in unsern Betrieben für erforderlich halten.“ Hierauf antwortete der Industriebeamtenverlag: „Wir gelangen in den Besitz Ihres gefälligen Schreibens und bedauern, Ihnen unter diesen Umständen mitteilen zu müssen, daß an eine weitere Geschäftsverbindung mit Ihnen nicht gedacht werden kann.“ Diese Haltung des Industriebeamtenverlags ist außerordentlich anerkennenswert. Und wir können nicht umhin, bei dieser Gelegenheit den Wunsch auszusprechen, daß alle Druckereien, die Arbeiterblätter drucken, sich das Vorgehen dieses Verlags zum Muster nehmen möchten. Dann würden die Herren voraussichtlich sehr bald weniger progig antworten.

#### Gelbe Verschönerung.

Zu der Norddeutschen Zellulosefabrik in Königsberg wurden die Arbeiter am 18. Februar mit Mußl, Bier und Reichsverbandswahlen überschüttet. Der gelbe Verein hatte einen Vortrag mit Langvergnügen arrangiert. Den Vortrag hielt der Generalsekretär Taube vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Beamten sangen ein Duavett und ein „Kritikampfer“ berichtete über seine Erlebnisse bei den Hereros. Um die Gelegenheit, den Direktor anzuführen, herbeizuführen, kam eine Anfrage, ob es nicht möglich sei, einen Urlaub für die Arbeiterschaft bei der Direktion zu erbitten. Prompt kam die Antwort, daß schon „Schritte eingeleitet“ seien und daß die Direktion „in entgegenkommender Weise“ für Arbeiter, die 5 Jahre beschäftigt sind, 3 Tage Urlaub bewilligt habe. Um den Wert dieser Zugabe ins rechte Licht zu setzen, erinnern wir daran, daß wahrheitsgemäß kaum ein Duzend der beschäftigten Arbeiter 5 Jahre im Betriebe ist. Immerhin: Das prompt folgende Hoch auf den Direktor Lehmann fand „freudigen Widerhall“. Und das ist für die Schieber dieser gelben Organisation schließlich die Hauptsache.

#### Wie es einem Arbeiter in der Papierfabrik von E. Meyburg in Jütlich erging.

Am 28. Februar verunglückte in der Papierfabrik von Eduard Meyburg in Jütlich ein Maschinenführer dadurch, daß er mit der rechten Hand zwischen die Walzen des Satinierwerks geriet. Die Ursache dieses Unfalls ist wieder in den mangelnden Schutzvorrichtungen zu suchen. Bereits acht Tage vor dem Unfall montierte der Verunglückte das Fehlen der vorgeschriebenen Schutzvorrichtung, weil dadurch leicht ein Unglück passieren könnte; der Betriebsleiter Oberreis antwortete ihm aber, daß er selber die Vorrichtung habe entfernen lassen, weil sonst zuviel Ausschluß entstünde. Acht Tage später passierte dann der vorausgesagte Unfall und ein Arbeiter wird voraussichtlich dadurch wieder zum Krüppel werden. Allerdings, Ausschluß bringt dem Unternehmer Schaden, Arbeiterknoten aber lösen den Fabrikanten nichts! Wenn der Betriebsleiter die oben erwähnte Anordnung getroffen hat, so ist dieser Fall wieder ein schlagendes Beispiel dafür, daß der Profit höher gestellt wird, als das Leben und die Gesundheit der Arbeiter. Wie sehr die Arbeiter der Papierfabrik E. Meyburg gegen Unfall geschützt sind, das beweisen die Mängel an einer einzigen Maschine. Der Unfall passierte an der Langblechmaschine Nr. 2 bei der am Satinierwerk die Schutzvorrichtung fehlte. Außerdem sind an dieser Maschine aber noch folgende Mängel vorhanden: Am Schöpfer der Rührbrühe fehlt der Auslöser. Das Aus- und Einrücken geschieht mit dem Fuße. Am Zylindervorgelege sind die Kammeräder nicht bedeckt, sondern laufen vollständig frei. Die Treibriemen der Dampfmaschine laufen ohne jeden Schutz ca. 2 Meter über dem Fußboden, und den ganzen Tag müssen die Arbeiter darunter weglassen. So sieht eine einzige Maschine aus und die kann man sich ein Bild machen, wie da der ganze Betrieb aussehen wird. Daß diese Firma die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter nicht beachtet, geht auch daraus hervor, daß die Bestimmungen betr. jugendliche Arbeiter von ihr nicht im Geringsten beachtet werden. Die Gewerbeordnung schreibt bekanntlich vor, daß jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren täglich nicht mehr als 10 Stunden beschäftigt werden dürfen; sie müssen ferner drei Pausen von zusammen mindestens 2 Stunden haben und die Arbeitszeit muß zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends liegen. Für die Firma E. Meyburg bestehen diese Bestimmungen scheinbar nicht. Die jugendlichen Arbeiter werden genau so beschäftigt wie die erwachsenen; sie machen ihre 12stündige Schicht, machen dazu noch Überstunden und arbeiten des Nachts genau so wie am Tage. Als Illustration der dort bestehenden Ausbeutung muß auch noch erwähnt werden, daß dort nicht nur 36-Stunden-Schichten gearbeitet werden, sondern daß in den letzten Tagen sogar ein Arbeiter 5 Schichten ohne Unterbrechung gearbeitet hat, nämlich 2 Nacht- und 3 Tagsschichten, zusammen also 60 — sechzig — Stunden in einer Tour. Da diese Vorkommnisse der zuständigen Gewerbeinspektion gemeldet worden sind, so wird es dieser hoffentlich möglich sein, für Abänderung der krassesten Mißstände zu sorgen.

Bei solchen Betriebsverhältnissen ist es denn auch kein Wunder, daß die Spezialarbeiter aus allen Gegenden herangezogen werden. Man macht ihnen die schönsten Versprechungen, ohne diese nachher zu halten. Es ist bezeichnend für das christliche Gefühl der selbstverständlichen sehr „frommen“ Unternehmer, wie der verunglückte Maschinenführer behandelt worden ist. Zum Nutzen aller Kollegen aus der Papierbranche wollen wir dies hier schildern. Der Kollege R. wurde aus seinen Arbeit herausgelockt, indem ihm sehr große Versprechungen gemacht wurden, die leider nachher nicht zutrafen. Er zog von Siedbudenland mit Weib und Kind nach Jütlich und nach 4 Wochen verunglückte er. Als er dann am 1. März seinen Lohn abheben wollte, erhielt er zunächst die Kündigung, denn einen kranken Arbeiter kann man bekanntlich nicht ausbezahlen. Beim Umzug hatte er 100 M. Vorkauf erhalten, den er in monatlichen Raten von 20 M. abgezogen bekommen sollte. Dieser Vorkauf wurde ihm aber am 1. März mit einem Male abgezogen, außerdem war die Frucht mit 32 M. bezahlt worden, dazu die Klassenbeiträge. So erhielt der Kollege anstatt seines Lohnes den riesigen Betrag von achtzig Pfennig ausgezahlt. Die ersten drei Tage seiner Arbeit waren ihm zunächst überhaupt nicht berechnungswert. Als er nun damit nicht zureichend war und mehr Geld verlangte, denn die Firma durfte ihm vertragsgemäß nur 20 M. abziehen und nicht 100 M., da wurde er hinausgeworfen und durch einen Schugmann entfernt. Da er sich hierbei zu einer Besichtigung der Firma hinreihen ließ, sprach der Unternehmer die sofortige Entlassung aus und zeigte den Arbeiter auch noch wegen Besichtigung, Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung an. Der Arbeiter ist sein Geld und seine Arbeitskraft los, und wird nun noch abendlich vor Gericht gezogen. Da vielleicht noch mehr Kollegen einen solchen Reinfall erleben könnten, so haben wir diesen Vorkauf etwas ausführlicher geschildert. Möglich sind allerdings derartige Zustände nur da

wo von Organisation noch keine Spur vorhanden ist. Die Arbeiter der Fälliger Papierfabriken sind entweder gar nicht, oder, was ebenso schlimm ist, nur dürftig organisiert, und sind deswegen gezwungen, sich von den Unternehmern alles bieten zu lassen. Andre Zustände können im schwarzen Fällisch erst dann Platz greifen, wenn der Fabrikarbeiterverband auch hier seinen Einzug gehalten hat. Darum, ihr Arbeiter der Papierfabriken von Fällisch, bekennt euch darauf, daß ihr auch Menschen seid und Menschenrechte habt; organisiert euch, tretet dem Fabrikarbeiterverband bei, dann werden auch in Fällisch menschenwürdige Zustände geschaffen werden!

**— Schrecklicher Unfall in der Papierfabrik Knödel, Schmidt u. Ko.**

In der Papierfabrik Knödel, Schmidt u. Ko., Lindenbergr, Staatsstraße 8, ereignete sich am 9. März ein schweres Unglück. Als der 15 Jahre alte Michael Schöning aus Lindenbergr an einer Papiermaschine beschäftigt war, wurde er von der Maschine erfasst, in das Getriebe hineingezogen und zu Tode gedrückt. Arme und Beine waren ihm gebrochen und die Rippen eingedrückt, wodurch schwere innere Verletzungen entstanden. Der Bedauerwerte lebte zwar noch und wurde in das Krankenhaus „Hospitium“ in Neustadt verbracht, starb aber noch im Laufe der Nacht. Ueber die Ursache des Unglücks gehen die Angaben auseinander. Die bürgerliche Presse berichtet, Schöning sei beim Reinigen der Papiermaschine beschäftigt gewesen. Das trifft aber nach unsern Informationen nicht zu. Vielmehr sollte der Presssitz gewendet werden und der Maschinenmeister Philipp Schöning beauftragte Schöning, die Maschine auf Befehl auszuräumen. Der Junge begab sich an Ort und Stelle, den Befehl seines Meisters abwartend. Wie das Unglück plötzlich geschehen ist, vermag niemand anzugeben. Wie ein Meister einen jungen Menschen an so eine gefährliche Stelle senden kann, ist unbegreiflich. Der Gang, den der Junge passierte, hat eine Laufbreite (von der Wand bis zur Bodenraumschiene) von 34 1/2 Zentimeter, von der Wand bis an die Treibräder 60 Zentimeter. Wahrscheinlich wurde der Junge von dem dort laufenden Treibriemen gefaßt und hineingezogen, oder, als er sich bückte, lief er in dem engen Raum das Uebergewicht und fiel in das Rad hinein. Auch andre Arbeiter waren dort schon in Lebensgefahr. Drei Schritte davon befindet sich ein Ausritzer, der oft ersetzt ist. Nachdem das Unglück geschehen war, belamten die Handwerker Arbeit. Das an der Unglücksstelle befindliche Geländer und Brett wurden beseitigt. Vorher waren sie los. Ebenso wurden die Schutzkörbe — an denen die Arbeiterinnen seither ihre Kleider zerissen — hergerichtet. Ist das Kind in den Brunnen gefallen, so deckt man ihn zu. Jetzt, da das Unglück passiert ist, denkt man daran, die Reparaturen zu erledigen. Wie es mit den Schutzvorrichtungen bei der Firma Knödel, Schmidt u. Ko. aussieht, beweist folgendes:

Bei der Maschine 2, wo das Unglück passierte, befindet sich ein ein Meter breiter Kanal. In demselben laufen Treibräder (Niemenscheiben) für die Trockenpartie, Napppressen und Sieb. Ferner sind zwei Dampfrohre vorhanden. Zwischen den Treibrädern und Dampfrohren ist ein Raum von 40 Zentimeter vorhanden, durch welchen die Jungens beim Abwippen der Bodenraumschienen durchziehen. Bei der Maschine 1 laufen für die Trockenpartie 4 Nieren 20 Zentimeter, 1 Nieren 40 Zentimeter und 8 Nieren 60 Zentimeter vom Boden, ohne jegliche Schutzvorrichtung. Die Nieren haben eine Breite von ca. 12 Zentimeter, die Arbeiter steigen darüber hinweg, um ihre Arbeiten zu verrichten. Eine Stoffbütte, 4 Meter lang und 6 Meter breit, ist durch eine ca. 43 Zentimeter breite Mauer in zwei Hälften geteilt. Beim Wänterwechsel muß der Maschinenführer auf der schmalen glühenden Mauer herumlaufen. Unten in der Stoffbütte befinden sich die Rührer und das Schöpfrad. Vom Boden bis oben zur Maschine führt eine 15stufige Holzstiege. Der Maschine entlang zieht sich 3 Meter hoch eine Laupritsche. Auf der Maschine befindet sich ein 75 bis 80 Zentimeter hohes Geländer. Zum Schüttern der Lager müssen sich die Jungens über das Geländer hängen, da die Lager von der Laupritsche 1,20 Meter entfernt sind. Bei Tage schüttern 15jährige Jungens, bei der Nacht der zweite Gehilfe. Auf der Arbeitseite befindet sich kein Schutzgeländer. Die Maschine steht schon 20 Jahre, trotzdem bei der neuen Maschine auf zwei Seiten Geländer sind, erachtet man es bei der alten Maschine nicht für notwendig. Unter der Maschine zieht ein Kanal durch, vom Boden bis zur Leitwalze und den Fällern ist derselbe 50 bis 60 Zentimeter hoch. Derselbe muß allwöchentlich von den Jungens gereinigt werden. Auf dem Bauß müssen die Jungens hineinkriechen.

Maschine 3 ist neu und seit 1906 im Betrieb. Auf der Antriebsseite — Antrieb zur Trockenpartie — fehlt jeder Schutz an ineinanderlaufenden Zahnrädern. Die Gehäusen müssen Umschlänge aus dem Papier machen, stehen auf einer schmalen Treppenstufe, über den Zahnrädern hängend und hantierend. Alle Arbeiten werden selbstverständlich ausgeführt, wenn die Maschinen im Gange sind, und da verwundert man sich, wenn solch gefährliche Unfälle passieren, wenn Ernährer der Familie oder Söhne den Eltern entziehen werden? Wenn die Arbeiterschaft sich berant an die Dessektivität wenden muß, ist dies besonders auf den Herrenstandpunkt der Papierfabrikanten zurückzuführen. Den Arbeiter erkennt man nicht als gleichberechtigten Faktor in der Produktion an. Wehe dem Arbeiter, der Kritik an den bestehenden Verhältnissen übt oder sich beschwerdefähig an einen Vorgesetzten oder gar an die Direktion wenden wollte, unbarmerzig würde man ihn auf das Straßenspaltel werfen. In diesen Zuständen trägt aber die Arbeiterschaft die größte Schuld. Die Uneinigkeit, das gegenseitige Denunzieren, der Haß muß unter den Arbeitern und Arbeiterinnen verschwinden, dann erst wird es besser werden.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

— **Streiks und Differenzen bestehen in Ahrensbödt b. Lübeck (Chemische Fabrik), Grenzhausen, Köhn a. Rh., Lauf a. d. Regnitz (Spezialindustrie), Lübeck, Wülfberg a. d. Elbe (Zuckerfabrik), Neuhaldensleben, Münchberg Zellulose-Industrie), Osterode a. S. (Gipsfabrik), Rothenburg v. S. (Kindermwagenfabrik), Schultitz, Sultzbach, Streitz i. W., Wm a. d. D. (Kunstseifenfabrik), Sarel i. Oldenburg, Wedel, Zwidau. Zugzwang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.**

— **Erfolge in den Monaten Januar und Februar 1912 im Gau 15, Eich Hamburg, Hamburg.** Zwischen den Inhabern der hiesigen Kleinholzbetriebe und der Verbandsleitung wurde ein Tarifabkommen, mit der Gültigkeit vom 15. Januar 1912 bis 15. Januar 1914, getroffen. Nach diesen Vereinbarungen ist der Lohn bei einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit für Holzabladen und Heranführen des Holzes an die Sägen auf 60 Pf., für Arbeiten an den Bandjägen auf 75 Pf. pro Stunde bemessen. Der Anfangslohn für Wochenlöhner beträgt 30 Mk., nach einjähriger Beschäftigung 31 Mk., nach zwei Jahren 32 Mk. Ueberstunden werden bis abends 8 Uhr mit 10 Pf., nach 8 Uhr und an Sonntagen mit 15 Pf. Zuschlag vergütet. Außerdem wurden die bestehenden Alterssätze einer eingehenden Revision unterzogen. In der Hausmüllverwertungsanstalt der Firma J. Sparbier, Eidelstedt, wurde allen Arbeitern eine Lohnzulage von 90 Pf. pro Woche erteilt. — Einen ähnlichen Erfolg zeitigte die Eingabe an die Direktion der Neuport-Hamburger Gummiwaren-Kompanie seitens der dort beschäftigten Lohnarbeiter und Arbeiterinnen. Denselben wurde ein wöchentliches Lohnzuschlag von 1 Mk. gewährt.

Bei der Firma Hirschberg, Dellnerstraße, Kleiner Grasbrook, wurde, nachdem dieselbe vorher die Einstellungslohne von 38 auf 40 Pf. erhöht hatte, Mitte Februar eine Lohnforderung eingereicht. Die Firma, die jede Verhandlung mit der Verbandsleitung ablehnte, machte aber einer aus der Mitte der Arbeiter gewählten Kommission folgende Zugeständnisse: Sämtliche zurzeit bestehenden Löhne werden um 2 Pf. pro Stunde erhöht, ferner erhalten die im Zeilohn Beschäftigten die Nachzahlung mit 15 Pf. Zuschlag vergütet. Außerdem wurde den Beschäftigten ein, wenn auch minimaler, Alterszuschlag gewährt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischräuchereien und Marinieranstalten von Tollgreve u. Ko. und S. Jovens, beide in Altona, beauftragten die Verbandsleitung, genannten Firmen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Aufbesserung der Löhne zu unterbreiten. Da die Firmen aber jegliche Verhandlung sowohl mit der Verbandsleitung als auch der Arbeiterschaft ablehnten, griff die Arbeiterschaft ohne Verzug zur Arbeitseinstellung. Erst jetzt bequamen sich die Firmen, mit einer Kommission der Arbeiter Verhandlungen zu pflegen, die folgenden Resultate zeitigten: Die Arbeitszeit wird für sämtliche männliche Arbeiter um drei Stunden pro Woche gekürzt. Die bis dahin nicht entschädigte Sonntagsarbeit wird in Zukunft mit 60 bzw. 70 Pf. pro Stunde bezahlt, der Lohn der Arbeiterinnen von 25 auf 26 Pf. pro Stunde erhöht. Außerdem

erfolgte die Aufbesserung diverser Alterssätze. Eine aus den Reihen der Arbeiter gewählte Vertretung wird anerkannt; Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht Platz greifen. Nachdem vorstehende Zugeständnisse schriftlich niedergelegt und von beiden Parteien unterzeichnet, erfolgte nach fünfjährigem Streik die Aufnahme der Arbeit. Aus dieser Bewegung werden hoffentlich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie die Lehre ziehen, daß nur Einigkeit und Beharrlichkeit zum Ziele führt.

Schließlich reichten die Arbeiter der Düngerfabrik von Burghardt u. Co. Anfang Februar eine Lohnforderung ein. Die Firma erhöhte den Stundenlohn von 40 auf 42 Pf., und bewilligte außerdem für drei Alterspositionen einen nennenswerten Zuschlag. Wenn ferner an der Bahn nach 8 Uhr abends gearbeitet werden muß, so wird dafür ein Stundenlohn extra vergütet. Mit dem Entgegenkommen erklärten sich die Arbeiter einverstanden.

Oldenburg. Die Arbeiter der Hufschmiederei Dieckel wehrten eine Reduzierung des Stundenlohnes von 38 auf 35 Pf., die in den früheren Jahren und heute noch in den Oldenburger Gießereien in den Wintermonaten regelmäßig vorgenommen wird, mit Erfolg ab. Das konnten die Arbeiter nur deshalb, weil sie vollständig organisiert sind.

Elmsborn-Horst. Die in unserm Verband organisierten, am Chauffeurbau, Straße Horst-Offenstich, beschäftigten Arbeiter erreichten durch Vermittlung der Verbandsleitung einen Mehrverdienst von 5 Pf. pro Stunde.

Neumünster. Die Arbeiter der hiesigen Gaswerke unterbreiteten der Betriebsleitung eine Forderung auf Einrichtung des dreimaligen Schichtwechsels für Arbeiter, die dem Schichtwechsel unterworfen sind, Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit für alle übrigen Arbeiter und Gewährung eines entsprechenden Lohnzuschlages. Die Betriebsleitung bewilligte für alle Arbeiter eine Lohnzulage von 10 bzw. 20 Pf. pro Tag, lehnte aber die Arbeitszeitverkürzung mit der Motivierung, daß in den übrigen Gasanstalten der Provinz die Arbeitszeit die gleiche sei, rundweg ab. Wie figura zeigt, ist die Betriebsleitung nie um „Gründe“ verlegen. Seitens der Arbeiter ist die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, die als durchaus zeitgemäß und berechtigt bezeichnet werden muß, aus tatsächlichen Gründen aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

— **Hamburg. Lohnbewegung in der Margarine-Industrie.** Die Arbeiterschaft der Altonaer Margarinewerke, J. S. Mohr u. Co., beschloß im Januar dieses Jahres, den zwischen der Firma und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands im Jahre 1909 abgeschlossenen Tarifvertrag zu kündigen. Der Firma wurden dann Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und Erhöhung der Löhne unterbreitet. In mehreren Verhandlungen mit der Firma und den Vertretern des Verbandes wurde folgendes vereinbart: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. An den Sonnabenden erfolgt der Arbeitslohn für Arbeiterinnen um 4 Uhr, für Arbeiter um 5 1/2 Uhr. An den Werktagen vor den gesetzlichen Feiertagen ist um 2 Uhr Arbeitslohn. Ein Lohnzuschlag für diese Lohnverkürzung findet nicht statt. Der Einstellungslohn für Arbeiter beträgt 28 Mk., nach vierwöchiger Beschäftigungsdauer 29 Mk. Die Löhne der Handwerker, Heizer und Maschinenführer wurden um 1 Mk. pro Woche erhöht. Arbeiterinnen erhalten einen Einstellungslohn von 14,50 Mk., nach vierwöchiger Beschäftigung 15 Mk. Die Löhne der Arbeiterinnen, Heizerinnen usw. bleiben unverändert. Die bisher gewährten Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit (25 und 50 Prozent), sowie der Zuschlag für Schichtarbeiter bei zu leistender Nachschicht (pro Nacht 50 Pf.) bleiben bestehen. Außerdem zahlt die Firma die Differenz zwischen Krankenlohn und Lohn auf 14 Tage. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer wird dem gesamten Personal ein Erholungsurlaub von 6 Tage unter Zahlung des Lohnes gewährt. Vom 16. März dieses Jahres an wird dem Personal zum Frühstück Kaffee und Bouillon und des Mittags eine Suppe verabfolgt. Zieht man in Betracht, daß die Firma zurzeit noch mit außerordentlichen Schwierigkeiten infolge der im vorigen Jahre stattgefundenen Ereignisse in der Margarine-Industrie zu kämpfen hat, so ist das Entgegenkommen der Firma um so höher einzuschätzen, und kann nur zur Nachahmung empfohlen werden.

— **Mannheim.** Am 6. März wurde durch eine schriftliche Eingabe den hiesigen Pflanzenfaser-Fabriken von einem Beschluß der Arbeiter Kenntnis gegeben, wonach zwecks Aussprache über einen neuen Tarifvertrag auf Dienstag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung einberufen sei. Die Rückantwort traf zur festgesetzten Zeit ein; darum erklärten sich die Arbeitgeber damit einverstanden. Die Firma Zehnder Landauer glaubte noch, ihrem Schreiben folgenden Passus anfügen zu müssen: „Ich hoffe, daß Sie Vorschläge bringen, die im Interesse der Arbeitgeber sind, besonders unter Berücksichtigung unserer erdrückenden belgischen Konkurrenz, die infolge der billigen Arbeitslöhne die Erzeugnisse der Fibrer-Zurichtereien sehr beeinträchtigen.“ Beim Lesen dieser unnatürlichen Zumutung an eine Arbeiterorganisation dachten wir unwillkürlich: „Wehr tauu man nicht verlangen.“ Die Firma Th. Landauer hat gar kein Recht sich auf die belgische Konkurrenz zu berufen, und zwar aus dem Grunde, weil sie im Verdacht steht, durch niedrige Verkaufspreise der einheimischen Industrie die größte Konkurrenz zu bereiten. Noch im vorigen Jahre, gelegentlich des Tarifabschlusses, wollte Herr Th. Landauer den Kollegen Forthaber bewegen, in den Tarif eine Bestimmung aufzunehmen, wonach beiderseitig für die Arbeiter eine vierteljährige Kündigungsfrist festgelegt werden sollte. Daß aber von uns einer solchen Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter die Zustimmung verweigert wird, versteht sich von selbst. Wie sehr sich Herr Th. Landauer zu einem Schamacher entwickelt hat, geht daraus hervor, daß er eine Konkurrenzfirma zum Zusammenstoß aufforderte mit dem Bemerkten, daß sie dann die Arbeiter dressieren könnten. Wenn Herr Th. Landauer sich als Dressier ausbilden will, so mag er sich unter Tiere begeben, Arbeiter, die als Menschen gewertet sein wollen, lehnen eine solche Methode entschieden ab. Zwei Tarifverträge sind gekündigt, und um einen Kollektivvertrag abzuschließen zu können, werden die neuen Forderungen den drei in Betracht kommenden Firmen gestellt. Wir wünschen, daß eine friedliche Einigung erzielt wird. Bis zur Erledigung dieser Bewegung ist der Zugang zu Fieberhechern, Pflanzsammlern, Maschinenarbeitern und Padern streng fernzuhalten.

— **Mannheim-Lampertheim.** Auf die Dauer von zwei Jahren wurde wiederum mit dem Verein Chemischer Fabriken Mannheim-Wohlfahrt ein für die Chemische Fabrik Wohlfahrt gültiger Tarifvertrag abgeschlossen. Besondere Umstände veranlassen uns, in einer der nächsten Nummern ausführlicher auf diese Bewegung zurückzukommen. Neu dürfte jedenfalls sein, daß eine Chemische Fabrik die Auskündigung der unterschrieben vollzogenen Tarifverträge davon abhängig macht, daß eine Drucklegung oder Vervielfältigung der Tarife mit Rücksicht auf die Konkurrenz nicht stattfinden soll.

— **Strelitz-Mt.** Die Schneidemühlener Arbeiter der Firma Weilandt in Strelitz-Mt. sind am Mittwoch, dem 13. März, in den Streik getreten. Sie hatten in ihrer letzten Versammlung beschlossen, daß die Lohnkommission bei Weilandt, dem größten Arbeitgeber am Orte, am Montag, dem 11. März, nochmals vorfällig werden solle, was aber der Unternehmer zu verhindern wußte, weil er angeblich verreist war. Am Dienstag, dem 12. März, machte die Kommission nochmals den Versuch, jedoch wurde wiederum erklärt, Herr Weilandt sei verreist, obwohl diese Erklärung nicht der Wahrheit entsprach. Die Kollegen hatten es nun satt, sich noch länger an der Nase herumzuführen zu lassen und traten am Mittwoch, dem 13. März, in den Streik. Gleich am Morgen des 13. März trat der Arbeitgeber auf einen Streikposten zu und beschwerte sich, daß man ohne den Versuch einer nochmaligen Verhandlung mit ihm in den Streik getreten sei. Der betreffende Kollege gab aber dem Herrn zu verstehen, daß die Kommission den Versuch nicht einmal gemacht habe. Herr Weilandt hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, die Leute für den Vaterländischen Verein zu gewinnen, denn er glaubte, daß nur einiger seiner Leute im Verstande seien, worin der Herr sich aber durch die Arbeitsunterbrechung getäuscht sah. Alle seine Bemühungen, die Leute für den gelben Verein zu gewinnen, waren vergebens. Galten die Leute fest, dann muß uns der Sieg werden, und dann kommen die andern Betriebe daran.

Die übrigen Schneidemühlener Arbeiter am Orte wollen nun Herrn Weilandt zu Hilfe eilen. Sie fordern von ihren Arbeitern, daß sie aus dem Verbands aussteigen und dem Vaterländischen Arbeiterverein beitreten sollten. Die Unternehmer wollten sogar ihren Arbeitern die im Verbands geleisteten Beiträge retour bezahlen und auch das Eintrittsgeld für den gelben Verein. Die Unternehmer sahen sich aber getäuscht, denn kein einziger Arbeiter tat den Unternehmern diesen Gefallen woraus dann die

Aussperzung erfolgte. Den Herren wird das Aussperungsfieber bald vergehen.

**— Die großen Kämpfe.**

Der Riesenkampf im englischen Bergbau dauert bei Abschluß dieser Nummer noch an. Die englische Regierung hat, nachdem ihre Vermittlungsversuche gescheitert sind, dem Parlament eine Vorlage unterbreitet, die einen Minimallohn für alle unter Tage beschäftigten Bergarbeiter gesetzlich einführen will. Das heißt, nur das „Prinzip“ soll gesetzlich geregelt werden, über die Höhe des Minimallohnes sollen besondere Verhandlungen stattfinden. Die Arbeitervertreter im Unterhaus fordern dagegen, daß ein Mindestlohn von 5 Schilling im Gehege festgelegt werden muß und daß die weiteren Verhandlungen nur die Staffeltung der Löhne regeln sollen. Ob dieser Forderung Rechnung getragen wird, steht noch aus; vorläufig sind die Verhandlungen auf einige Tage vertagt. Inzwischen finden zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern erneut Verhandlungen über eine Beilegung des Streiks statt. Daß der Riesenstreik weite Kreise der englischen Industrie in Mitleidenschaft zieht, zahlreiche Betriebe zum Stillstand gebracht und eine erhebliche Steigerung der allgemeinen Arbeitslosigkeit zur Folge hat, berichten wir schon früher.

Ueber den Abbruch des Kampfes der deutschen Bergarbeiter im Ruhrrevier und seine Ursachen berichten wir an anderer Stelle dieser Nummer. Damit ist aber nur der Hauptkampf beendet; in einigen andern Revieren geht der Kampf noch fort. In Oberschlesien scheint er zu Ende zu gehen, in Sachsen ist er jedoch noch in vollem Gange. Einigungsverhandlungen lehnen die Grubenherren ab. Am Deister (Provinz Hannover) streiten die Bergarbeiter der fällischen Gruben. Hier werden noch sehr niedrige Löhne gezahlt, trotzdem wird jedes nennenswerte Entgegenkommen strikte abgelehnt. Leider sind alle diese Kämpfe durch den Ausbruch des Kampfes im Ruhrrevier nachträglich befristet.

Im Schneidergewerbe dauert die Aussperzung noch fort. Es sind jedoch erneut Verhandlungen angebahnt, über deren Ausgängen sich noch nichts sagen läßt. — Aussperzung der Porzellanarbeiter wird von den Unternehmern in die Länge gezogen. Die Organisationsvertretungen haben eine Einigungsbasis ausgearbeitet, die Unternehmernorganisation zögert jedoch den endgültigen Entschluß hinaus. Der Grund ist durchsichtig genug.

**Die Lohnkämpfe im 12. Gau im Jahre 1911.**

II.

In Nr. 10 des „Proletariats“ wurde über die Tätigkeit der Gauleitung berichtet, heute soll eine kurz gefasste Schilderung der Lohnbewegungen im Gau folgen.

In der Schamottefabrik Holz, Ludwigshafen, wurde eine Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung durchgeführt. Resultat: Abschluß eines Tarifvertrages. Beiliegend waren 12 Mitglieder unserer und 4 anderer Organisationen. Leider kam es, weil der Werkführer Grieb mit den Arbeitern nicht in Frieden leben konnte, im Späthjahr zu einem Konflikt. Die Arbeiter verzweigten Streikarbeit für die Firma Hiesche, Grünstadt, und legten die Arbeit nieder. Der Verbandsvertreter wurde beim Vorstelligwerden abgewiesen. Kurz nach Weihnachten mußte der Streik als ausrichtungslos abgebrochen werden.

In der Düngerfabrik Michel u. Co. kam beim Ablauf des Tarifs ein neuer zustande, in dem einige Verbesserungen durchgeführt wurden. Die Löhne wurden um 1,20 Mk. pro Woche erhöht. Auch wurde zugestanden, daß die Arbeiter nach 5jähriger Tätigkeit im Betriebe 3 Tage, nach 10jähriger 6 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes erhalten.

In der Düngerfabrik Silbermann kam es am 4. Mai zur Aussperzung. Um diese Zeit ist die tote Saison in der Düngerfabrikation. Durch den Ablauf des Tarifs am 1. Mai hatte es die Firma in der Hand, die Verlängerung des Tarifs zu erzwingen und jede Verbesserung hintanzuhalten. Die Firma Silbermann machte davon den weitestgehenden Gebrauch. Die Arbeiter lehnten die Beibehaltung dieses Ablauftermins ab, worauf die Firma aussperrte. Nach hartem Kampfe — die Aussperzung dauerte 11 Wochen — wurde der Ablauftermin vom 1. Mai auf den 1. Oktober verlegt. Die Löhne wurden um 1,20 Mk. pro Woche erhöht, die Arbeitszeit für 6 Kollegen um 1 1/4 Stunde pro Woche verlängert. Ueberstunden werden mit 10 Pf. pro Stunde, Sonntagsarbeit mit 50 Prozent und Nacharbeit mit 2 Pf. Zuschlag pro Stunde vergütet.

Die Arbeiter der Jalosiefabrik Thalheimer u. Herz stellten Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Erreicht wurde eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde und Arbeitszeitverkürzung um 1 Stunde pro Woche.

In der Badischen Anilin- und Sodafabrik trat am 1. Januar die im Dezember 1910 angekündigte Arbeitszeitverkürzung in Kraft. Die Art, wie die Firma ihr Versprechen erfüllte, löste bei den Arbeitern berechtigten Entzühnung aus. Von einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit kann nirgends die Rede sein. Das Vorstelligwerden der Arbeiterschaft und des Krankenarbeitsausschusses sowie das Eingreifen der Verbandsleitung hatte keinen Erfolg. Von einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit will die Direktion nichts wissen. 10 Stunden werden bezahlt, daher müssen die Arbeiter den Vorwissen Folge leisten, was die Antwort. Außer einigen Verbesserungen (Erweiterung von Arbeitsstätten, Verbesserungen an Ventilatoren, Herichtung einiger Bäder) wurden alle andern berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Darauf legten am 18. Juli die Indigomagazinarbeiter die Arbeit nieder. Die Unzufriedenheit griff immer mehr um sich, so daß in wenigen Tagen 2400 Arbeiter ausständig waren, wozu besonders die Anilindirektion beigetragen hatte. Sie wollte kein Entgegenkommen, keine Verständigung. Der Herrenstandpunkt, die diktatorische Gewalt kam hier so richtig zum Ausdruck. Mit Geld glaubt man die ganze Welt kaufen zu können, so auch die Ehre der Arbeiter. Die Organisation tat, was sie tun konnte; das sah auch die Arbeiterschaft ein. Es gab keinen Taubel und keine Normirer beim Abbruch des Kampfes. Die Arbeiter fügten sich, wie es Männern und Kämpfern gebührt, der geschaffenen Situation, der herrschenden Gewalt. Wild, leidenschaftlich brach der Kampf aus, geschloffen, in sich zusammengeklümmert, nahmen die Arbeiter die Arbeit auf. Das ließ sich die Anilindirektion nicht träumen; sie glaubte, die Arbeiterschaft würde nach und nach kommen und gehen, und in Gnaden wieder aufgenommen zu werden. Aber eine Entzühnung ging durch die Gewohnheitsarbeit, als bekannt wurde, daß die Anilind, unter Einfluß der von der Firma-Kraft in der Anilin beschäftigten Arbeiter, annähernd 400 Arbeiter gemäßigelt hatte. Feigen, verlangten Denunzianten und Spitzeln fielen die meisten Gemäßigelten zum Opfer. In den Gelben steht die Anilind den letzten Rettungsanker. Ob sie sich nicht täuscht? Gelbe Karioffeln, gelber Kaffee, gelbe Anzüge für Erwachsene und Kinder, gelbe Möbel usw. sollen das Mißtrauen gegen die Anilindirektion beistigen. Daß der Kampf nicht spurlos an der Direktion vorübergegangen war, zeigte sich bald. Am 22. Oktober erließ die Direktion eine Bekanntmachung, wonach alle Arbeiter von der 44. Lohnwoche an 3 Pf. Zulage pro Stunde erhalten. Außerdem wurde eine Zenderung der periodischen Lohnsteigerung angekündigt, wonach der Höchstlohn von 45 Pf. der jetzt auf 47 Pf. erhöht ist, in 3 Jahren — bisher in 10 Jahren — erreicht wird.

In der Chemischen Fabrik Pfeifer u. Dr. Schwanbener kam es nach einwöchigem Streik zu einem Tarifabschluß. Erreicht wurde Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden pro Woche, Erhöhung der Löhne um 1,20 Mk. pro Woche. Ueberstunden werden mit 25 Prozent und Sonntagsarbeit wird mit 50 Prozent vergütet. Ferner werden nach 3 Jahren 3 Tage, nach 5 Jahren 4 Tage und nach 10 Jahren 6 Tage Erholungsurlaub gewährt.

Der Fabrik Chemischer Produkte, Rheingönheim, wurde am 23. August ein Tarif eingereicht. Zum Tarifabschluß kam es nicht. Erreicht wurde jedoch ein Lohnzuschlag von 2 Pf. pro Stunde.

Die Chemische Fabrik Gsch. Glinini sah sich infolge unserer Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit in der Chemischen Industrie veranlaßt, Erholungsurlaub für die Arbeiter einzuführen. Nach 5jähriger Tätigkeit im Betriebe beträgt derselbe 3 Tage, nach 5jähriger 5 Tage und nach 10jähriger 1 Woche unter Fortzahlung des Lohnes. Die Mittagspause wurde vom 19. Juni an auf 1 1/2 Stunde verlängert. Arbeiter, die bis 8 Uhr abends arbeiten müssen, erhalten 10 Minuten vor 6 Uhr Gelegenheit, sich Speise und Getränke zu holen, müssen jedoch um 6 Uhr wieder in der Fabrik sein.

Die chemische Fabrik Knoll u. Co. führte am 1. Januar 1911 die 6stündige Arbeitszeit ein. Zu gleicher Zeit wird in der Textilindustrie eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde in Kraft.

Die chemische Fabrik Knoll u. Co. führte am 1. Januar 1911 die 6stündige Arbeitszeit ein. Zu gleicher Zeit wird in der Textilindustrie eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde in Kraft. Der landwirtschaftlichen Gemischen Fabrik G. G. Karl Biemer Mannheim, wurden am 2. März Forderungen eingereicht. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, so daß 76 Arbeiter von 81 Beschäftigten am 9. März die Arbeit einstellten.

Die Gauleitung vom Gau 12 hatte am Sonntag, den 3. März, eine Konferenz, die sich mit der Förderung der gewerkschaftlichen Agitation befaßte, nach Kandel im Saal „Zum Schwan“ einberufen. Beteiligt waren die Orte Annweiler, Berg, Bergzabern, Bilsigheim, Hagenbach, Rheingabern, Jodgrün, Kandel, Karlsruhe, Pforz, Rohrbach und Wörth. Von den Gauen 11 und 12 waren die Gauleiter Wörner und Schreiber anwesend.

Verbandsnachrichten. Der Aufruf zur Unterstützung der Bergarbeiter ist infolge der Beendigung des Ausstandes im Ruhrrevier g e g e n s t a n d s l o s geworden und die etwa bereits eingeleiteten Sammlungen sind einzustellen. Die angekündigten Marken werden vom Vorstand nicht ausgegeben.

Die chemische Fabrik Knoll u. Co. führte am 1. Januar 1911 die 6stündige Arbeitszeit ein. Zu gleicher Zeit wird in der Textilindustrie eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde in Kraft.

Die chemische Fabrik Knoll u. Co. führte am 1. Januar 1911 die 6stündige Arbeitszeit ein. Zu gleicher Zeit wird in der Textilindustrie eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde in Kraft.

## Chemische Industrie

### Schutz für Giftarbeiter.

Bei Beratung des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, Felte Gen. Schmidt-Berlin im Reichstage die Anfrage, welche Arbeiten den Verrat für Arbeiterstatistik beschäftigen würden. Er verweist auf die notwendige Aufklärung über die sanitären Zustände in der chemischen Industrie.

Am 4. März erwiderte dann der Direktor im Reichsamt des Innern, Wirklicher Geheimer Rat Caspar folgendes: „Hier handelt es sich nun nach der jetzigen Lage der Dinge überwiegend um solche Gewerbebezirke, wo eingehende Erhebungen über die Gesundheitverhältnisse der Arbeiter notwendig sind, z. B. in der chemischen Industrie. Diese Erhebungen werden, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht am zweckmäßigsten durch den Verrat für Arbeiterstatistik vorzunehmen sein, sondern es bedarf einer ständigen Mitwirkung von Ärzten und Gewerbeaufsichtsbeamten, und denen muß in erster Reihe die Bearbeitung übertragen werden.“

Bei dem Verfahren, wie es im Verrat für Arbeiterstatistik üblich ist, wurden auch Arbeiter vernommen. Diese Zuziehung der Arbeiter scheint es zu sein, die im Reichsamt des Innern nicht gewünscht wird. Wer solche Erhebungen aber wirklich zweckmäßig gestalten will, der muß darauf drängen, daß die Arbeiter zur Mitwirkung herangezogen werden. Kollege Brey legte aus dieser Erwägung heraus der sozialdemokratischen Fraktion folgende Resolution vor:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsminister zu ersuchen, bei Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie auch Vertreter von Arbeiterorganisationen der chemischen Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Resolution fand die Zustimmung der Fraktion und wurde dann beim Kapitel 12 Titel 1 des Stats eingereicht. Sie wurde am 20. März durch den Kollegen Brey begründet. Dieser bedauerte, daß der Schutz der Giftarbeiter auf die lange Bank der Erhebungen geschoben würde und betonte, daß für einen Teil der Giftbetriebe ohne Erhebungen der Schutz in die Wege geleitet werden müsse. Nämlich da, wo eine Aenderung des Herstellungsverfahrens die Zahl der Vergiftungen herabdrücken würde (nasses Verfahren bei Herstellung von Bleiweiß). Zum andern sei ein sofortiges schützendes Eingreifen für jene Betriebe notwendig, für welche auch das Ausland den Giftarbeitern einen über den allgemeinen Arbeiterschutz hinausgehenden besonderen Arbeiterschutz verliehen habe. Brey schloß da die weitere Bemerkung an: In Höhe der erzielten Gewinne sei die deutsche chemische Industrie in der Welt voran, im Schutze der Giftarbeiter aber hintennach.

Kollege Brey hat schon des öfteren die Erfahrung machen müssen, daß die Herren auf der Bundesratsrampe sehr aufgeregt werden, sobald ein Angriff auf die chemische Industrie erfolgt. So trat diesmal sofort Herr Ministerialdirektor Caspar als Verteidiger der Giftbetriebe auf. Deren Wohlfahrts- und sanitäre Einrichtungen wurden gepriesen und betont, daß Deutschland auf dem Gebiete des Schutzes der Arbeiter voran sei. Sachverständige Arbeiter seien schwer als Auskunftspersonen zu bekommen. Andre Anregungen von Brey würden wohl beachtet werden. Kollege Brey hatte behauptet, daß das Ausland den Giftarbeitern einen Schutz gewährt, der über den allgemeinen Arbeiterschutz der in Frage kommenden Länder hinausgeht. Diese Behauptung trifft zu. Trotz Bestreitens ist sie erweislich wahr. Wir verweisen auf den ersten vergleichenden Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze getroffenen Maßnahmen, vorgelegt vom Bureau der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Da heißt es auf Seite 16: Unter dem verstärkten Spezialschutz von Sondervorschriften stehen:

Aether-, Anilin- und Arsenfabriken in Belgien, Italien, Portugal (Deutschland fehlt).

Aethyl- und Kaliumkarbid in Oesterreich und Italien (Deutschland fehlt).

Benzin, Naphtha, Herstellung von Nitro- und Amidoderivaten schützt Großbritannien, Belgien und Portugal. (In Deutschland sind Grundsätze zum Schutz für Nitro- und Amidoderivatarbeiter zu Ende des abgeschlossenen Jahres aufgestellt worden.)

Für Bleichereien mit Schwefelsäure haben Belgien und Portugal besondere Schutzbestimmungen. Deutschland fehlt auch da. Für Bleichschrotfabriken sind Belgien, Italien, Portugal als Länder aufgeführt, welche besonderen Schutz haben, während Deutschland nicht bezeichnet ist. Die Chininfabriken in Italien, die animalischen Düngersfabriken in Belgien, Italien, Portugal, die Bleiemallierwerke in Großbritannien und Portugal, die Explosivstofffabriken in Oesterreich, Belgien, Großbritannien, Italien, Portugal, Färbereien in Belgien und Portugal, Firnisfabriken in Belgien, Flußsäurefabriken in Belgien und Portugal, die Knochenkohlen- und Leimfabriken, Kupfervitriolfabriken, Salzsäurefabriken, Schwefelsäure- und Kohlenstofffabriken in Belgien, Italien und Portugal genießen nach dem Verzeichnis einen besonderen Schutz, während Deutschland fehlt. Dagegen sind alle Bestimmungen, die in Deutschland erlassen sind, wie die für Akkumulatoren, Alkalischromate, Bleifarben usw., mit aufgeführt unter Hervorhebung der Tatsache, daß sie auch in Deutschen Reich erlassen sind. Daraus kann doch nur geschlossen werden, daß die Veröffentlichung des internationalen Arbeitsamtes unter dem verstärkten Spezialschutz von Sondervorschriften nicht etwa Bestimmungen meint, wie sie in den Konzessionsbedingungen der Reichsgewerbeordnung niedergelegt, sondern solche, die Bundesratsverordnungen gleich zu achten sind. Daraus dürfte aber weiter folgen, daß Herr Direktor Caspar aus dem Reichsamt des Innern nicht gut unterrichtet war.

### Eine Komödie der Irrungen.

In Nr. 9 des „Proletariats“ haben wir an dieser Stelle die Frage aufgeworfen, ob Dr. Westhoben, der Chefarzt der „Anilin“

in Ludwigshafen, ein gewissenhafter Kritiker ist. Anlaß dazu war eine Besprechung der vom Verband der Fabrikarbeiter herausgegebenen Schrift „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ durch Westhoben in der Rundschau des Instituts für Gewerbehygiene. Wir konnten nachweisen, daß Dr. Westhoben seine Kritik Satz für Satz einer Besprechung von Dr. Kölsch in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ entnommen hatte. Darauf bezeichneten wir die Westhobensche Besprechung mit vollem Recht als ein literarisches Plagiat. Das war aber nicht alles. Die einzelnen Sätze der Westhobenschen Besprechung waren zwar leiblich korrekt abgeschrieben, aber sie waren aus dem Zusammenhang gerissen und tendenziös zurechtgestutzt. Alle anerkennenden Ausführungen von Kölsch waren sorgfältig weggelassen und alle kritischen ebenso sorgfältig herausgestaubt. Diese Tatsache gab uns Veranlassung, auch die literarische Gewissenhaftigkeit des Hofrats Dr. Westhoben anzuzweifeln.

Nun ist Herr Westhoben ein Ketter erstanden. Sein Kollege Dr. Curschmann, Betriebsarzt der Greppiner chem. Werke, Bearbeiter der Unternehmerrstatistik über die Erkrankungen in der chemischen Industrie und Redakteur der Rundschau des Instituts für Gewerbehygiene, teilte der Redaktion des „Proletariats“ in einem Schreiben, das wir in Nr. 11 abdruckten, mit, daß Dr. Westhoben allerdings seine Besprechung von Kölsch abgeschrieben habe. Aber er sei trotzdem kein Plagiator, denn er habe auf seinem Manuskript ausdrücklich bemerkt: „Referiert nach Kölsch.“ Zum Ueberflus hat Dr. Westhoben das Original seines Manuskripts der „Pfälzischen Post“, die unsern Artikel nachdruckte, übermittelt, und die bestätigt, daß das Manuskript tatsächlich den angegebenen Vermerk trägt. Allerdings nur mit Kleisift im Gegensatz zu dem übrigen Teil des Manuskripts, aber das ist ja schließlich nicht schlimm. Wir nehmen also als wahr und erwiesen an, daß dieser Vermerk mit in die Zeitung sollte.

Aber diese Feststellung nötigt uns zu einer Frage: Wo und seit wann ist es üblich und wie ist es zu rechtfertigen, daß ein Kritiker über ein Buch referiert, das er nicht kennt? Und wie ist ein solches Verfahren in Einklang zu bringen mit dem Programm und den Besprechungen der „Rundschau des Instituts für Gewerbehygiene“? Die ist es doch in der ersten Nummer, es sollten zunächst zwar nur Referate über die Literatur auf gewerbehygienischem Gebiete gegeben werden, aber diese Referate sollten „bei aller Kürze doch so vollständig“ sein, „daß sie, wenn nicht ein Spezialinteresse vorliegt, das Lesen des Originals ersetzen!“ Wie die zwölf erborgten Zeilen des Hofrats Dr. Westhoben diesen Besprechungen gerecht werden sollen, ist wirklich unerfindlich.

Aber nehmen wir nur einen Augenblick an, das Verfahren des Herrn Dr. Westhoben sei zulässig. Nehmen wir an, es sei unbedenklich und üblich, über Bücher zu referieren, die man nicht kennt, nicht gelesen hat. Dann ist doch die erste und unerlässliche Voraussetzung die streng genaue Wiedergabe des Inhalts der Besprechung, die man sich zu eigen macht oder über die man referiert. Dieser Voraussetzung genügt aber die Besprechung des Dr. Westhoben nicht. Sie gibt nicht den Sinn der Besprechung von Dr. Kölsch wieder, sondern greift nur die Sätze heraus, die eine Kritik des Buches enthalten, und unterdrückt alle Sätze, die eine Anerkennung aussprechen. Sie stellt also kein Referat dar, sondern die Umarbeitung einer sachlichen, objektiven Besprechung in ein tendenziöses Nachwort.

Warum referiert Herr Hofrat Dr. Westhoben so sagen wir einmal einseitig? Wer oder was treibt ihn, eine sachliche Besprechung in ihr Gegenteil zu vertehren, obwohl er die der Besprechung zugrunde liegende Arbeit gar nicht kennt, ein eigenes Urteil also gar nicht haben kann? Oder kennt er die Schrift und schreibt seine Besprechung trotzdem aus einer andern Besprechung heraus? Das sind Fragen, die Herr Westhoben — nicht beantwortet wird.

Doch halt, wir tun Herrn Dr. Westhoben unrecht. Er hat nämlich die mit seinem Namen versehene Besprechung — gar nicht geschrieben. In der schon erwähnten Zuschrift an die „Pfälzische Post“ schreibt er nach einer Aufklärung über seine Stellung als Mitarbeiter der Rundschau: „Da die „Münchener medizinische Wochenschrift“ zu denjenigen Fachzeitschriften gehört, für welche ich auch die Durchsicht und Berichterstattung übernommen habe, so oblag mir die Aufgabe, der Redaktion der „Gewerbehygiene“ auch über die von Herrn Dr. Kölsch veröffentlichte Besprechung der Schneiderschen Broschüre Mitteilung zu machen. Ich übertrug diese Arbeit einem meiner Assistenten, und übersende Ihnen anliegend mit der Bitte um Rückgabe den von demselben verfaßten und eigenhändig niedergeschriebenen Entwurf, welcher in Kopie an die Redaktion der „Gewerbehygiene“ eingeklagt wurde.“ ... Mit dieser Aufklärung sind wir natürlich geschlagen. Wir waren wirklich nicht gefaßt auf eine so unwiderlegliche — Bestätigung unserer Auffassung von der Objektivität chemischer Betriebsärzte.

Man beachte wohl: Herr Dr. Westhoben hat für ein Blatt, das sich die Förderung der Gewerbehygiene zum Ziel setzt, über Neuerscheinungen auf dem Zweckgebiete zu referieren. Diese Referate sollen laut Programm der Zeitung so ausführlich sein, daß sie das Lesen des Originals ersetzen. Im gewissenhaftesten Verfolge seiner Aufgabe findet er in einer medizin. Zeitschrift eine kurze Besprechung eines Buches, das mindestens den einen Vorzug hat, die Fragen der gewerblichen Hygiene unter einem ganz neuen Gesichtspunkt zu bringen. Das Buch ist billig im Buchhandel zu haben; es befindet sich, soweit wir unterrichtet sind, auch im Buchbestand der „Anilin“ und es wird schließlich vom Verlag gern umsonst an alle Referenten versandt. Herr Dr. Westhoben hätte also seiner Referentenpflicht im weitesten Umfange genügen können. Statt dessen beauftragt er einen Assistenten mit dem Referat, und der entledigt sich seiner Aufgabe in einer Weise, die nur deshalb nicht zur Kritik reizt, weil sie unter aller Kritik ist. Herr Dr. Westhoben aber gibt dem Dinge anstandslos seinen Namen, und die Leser der Zeitschrift erhalten nun den tendenziösen Kritisch als lautere Wahrheit, als Ausfluß höchster Objektivität vorgelesen.

Wir kennen Herrn Hofrat Dr. Westhoben weder der Person, noch seinem Charakter, noch seinen Fähigkeiten nach. Schon das verpflichtet uns, ihn als einen allen billigen Anforderungen gerecht

werdenden Menschen zu betrachten. Dann dürfen wir aber auch, ohne jemand unrecht zu tun, von ihm auf andre folgern. Wir dürfen die Erfahrungen, die wir bei und mit seiner ärztlichen Schriftstellerei gemacht haben, verallgemeinern, wir haben keinen Grund, ja kein Recht, anzunehmen, daß die Kollegen des Herrn Dr. Westhoben bei den Arbeiten, die sie verfassen oder mit ihrem Namen decken, nach andern Grundsätzen verfahren, von andern Gesichtspunkten sich leiten lassen. Anders ausgedrückt: Herr Dr. Westhoben hat bei seiner Arbeit für die „Gewerbehygiene“ den Grad von Gewissenhaftigkeit auf- und angewandt, der in den Kreisen der Betriebsärzte bei solchen Arbeiten üblich ist. Damit ist für uns die Sache zunächst erledigt. Wir haben die Arbeiten der Betriebsärzte schon seither nicht sonderlich hoch eingeschätzt, wir werden sie in Zukunft noch kritischer bewerten. Wir werden aber auch aus Anlaß dieses Falles in nächster Zeit einmal auf das Verhältnis der chemischen Kapitalisten zu der Wissenschaft und ihren Vertretern etwas näher eingehen. Vielleicht gelingt es uns, weitere Kreise davon zu überzeugen, daß in der Dunkelkammer unserer chemischen Kiesenbetriebe so manches vorgeht, wovon sich die Öffentlichkeit nichts träumen läßt.

### Warnung für Arbeitswillige

Während des Streits im Sommer 1911 warb die Badische Anilin- und Sodafabrik fleißig Arbeitswillige, die restlos dem gelben Verein zugeführt wurden. Es gelang der Anilin damals, ca. 300 Arbeitswillige herbeizujagen, ebenso brachte sie es durch ihre Agenten fertig, ca. 300 Streikende zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Fabrik zahlte für alle stehengebliebenen Arbeiter, gleichgültig, ob sie für den Streik in Betracht kamen oder nicht, eine Prämie. Der gelbe Wertverein hielt durch Versammlungen, Besuche, Witten bei der Direktion und dergleichen billige Sachen mehr die Arbeitswilligen fortwährend in Atem. Die Arbeitswilligen schwelgen in Sonne, lam es doch vor, daß bei der Auszahlung der Streikbrecherprämien über 100 M. in der Woche eingekommen wurden. Zwischen durch erlaubten sich die gelben Streikbrecher allerlei Frechheiten. Sie beschränkten ihre Demunziationen nicht auf die Streikenden und die ihnen im Wege stehenden Günstlinge aus Arbeiterkreisen, sie denunzierten auch kritik-frei-froh-fromm Vorarbeiter, Aufseher, ja selbst Betriebsführer waren nicht sicher. Der Direktion schlug die gelbe Gröndung bald auf die Nerven, aber die Geister, die sie gerufen hatte, wurde sie nun nicht mehr los. Nach Beendigung des Streiks wurden dann die Gelben auf die organisierten Arbeiter dressiert, wobei manche moralische Perle geboren wurde. Die Direktion und die Betriebsführer wollten den Sinn der Gelben, der auf viel Geld gerichtet war, was die Anilin nach dem Streik nicht mehr zahlen wollte, auf die billige Arbeiterschaft ablenken. Wer aber, wie die meisten Gelben, seine Bestimmung für Geld feilbietet, läßt sich dauernd nicht mit leeren Nebenabfinden, sondern mit für seine treue Gesinnung klingende Gegenleistung. So wurde allen Ernstes das Gericht verbreitet, die am Streik Beteiligten würden von der Lohnverhöhnung, die sie erlitten hätten, ausgeschlossen. Die Direktion mag auch mit diesen Gedanken gespielt haben, aber — die Trauben waren zu sauer. Die gelben Arbeitswilligen wurden nach dem Streik in die allgemeinen Lohnverhältnisse eingeeordnet. Sie sangen also mit 38 Pf. Stundenlohn an und erreichten nach acht Jahren den Höchstlohn von 47 Pf. Das erschien aber den Anilitern an der Kohlenförderanlage nicht genügend und sie stellten beim Bezirks-Dietrich eine Lohnforderung. Eine Kommission vertrat die Forderungen persönlich. Es gab da sehr lange Gespräche, als Herr Dietrich sie kurz abwies. Aber die Gelben beruhigten sich nicht. Sie nahmen Bezug auf ihre Klausurarbeiten während des Streiks. Nun ging aber Herr Dietrich die Gelb- aus. Er ließ durchblicken, daß es ihm lieber gewesen wäre, die Arbeitswilligen hätten keinen Verrat geübt, dann wären ihm seine alten eingearbeiteten Leute geblieben. Der Minist des Verwalters ist verständlich. In der Anilinfabrik arbeitet jeder Betrieb auf eigene Rechnung; die Betriebsführer müssen also das Bestreben haben, möglichst billig zu arbeiten. Nach unserer Information sind seit dem Streik an der Kohlenförderanlage 16 Arbeiter mehr beschäftigt als ehe- dem. Dadurch wird wieder einmal bestätigt, daß die Arbeitswilligen nicht immer auch arbeitsfähig sind. Die Direktion hat übrigens die gelbe Rebellion damit beantwortet, daß sie 2 von ihren Wortführern entlassen hat. Ja, ja. Unbunt ist der Welt Lohn!

### Gelbe Brüderlichkeit.

Bei der Firma Th. Goldschmidt, Effen, Gemische Fabrik, ist „nach berühmtem Muster“ ein gelber Wertverein gegründet worden, der von der Betriebsleitung als Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung bewertet und deshalb auf jede Weise protegirt wird. Dieser Verein soll angeblich die Arbeiter gegen den nur in der Phantasie gewisser Leute bestehenden Terrorismus der freien Gewerkschaften schützen. Wie er das macht, davon zeugt ein Schreiben, das die Leitung des Wertvereins jedem Arbeiter, der im Betrieb Arbeit nimmt, ins Haus sendet. Es heißt darin am Schluß:

„Wenn Sie also Wert darauf legen, längere Zeit auf dem Wert zu bleiben und sich bei Ihrer Arbeit auch wohl zu fühlen, dann schließen Sie sich am besten dem Wertverein an.“

Das ist doch ein recht deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl! Wer sich dem Wertverein nicht anschließt, der wird sich nicht wohl fühlen und nicht lange auf dem Wert sein. Und warum nicht? Je nun, weil die Gelben dann so liebenswürdig sein werden, daß der Widerstandige davonläuft. Denn daß sie ihn terrorisieren werden oder daß gar die Firma einen Arbeiter entlassen wird, weil er nicht gelb werden will, darauf ist doch bei dem ausgesprochenen Willen der Gelben und des Herrn Goldschmidt nicht zu denken. Oder doch?

### Vom Segen der Wohlfahrts-Einrichtungen.

Die Gemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Chering), Berlin, hat neben andern Wohlfahrts-Einrichtungen auch eine Betriebskassenkasse. Mit dem Hinweis auf diese Kasse waren wiederholt Angehörte zum Vertragsabschluss veranlaßt worden, denen die Anstellungsbedingungen sonst ungenügend waren. Später stellte sich dann in manchen Fällen heraus, daß die Verpfändungen nicht eingehalten werden konnten, weil nach den Statuten der Kasse nur Mitglieder aufgenommen werden können, die noch nicht älter sind als 35 Jahre. Um nun nicht wieder Unannehmlichkeiten zu haben, hat die Fabrikleitung verfügt, daß — Angestellte über 35 Jahre nicht mehr angenommen werden. Das ist zweifellos ein sehr einfacher Weg, ob auch ein humaner, ist natürlich eine andre Frage. Die Arbeiter der chemischen Industrie kennen ja die Segnungen der Betriebskassen zur Genüge, daß nun auch die Angestellten so nach und nach unter die Leidtragenden fallen, überläßt den nicht, der die chemischen Kapitalisten und ihre Wohltätigkeit kennt.

### Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Berlin. Der Aufsichtsrat der Rheinischen Gerbstoff- und Farbholzetzenfabrik schlägt wiederum 18 Prozent Dividende vor. — Berlin. Die Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals G. Scheidemantel erzielte für das Geschäftsjahr 1910/11 einen Ueberflus von 1.669.367 (1.237.859) M. Zur Verteilung gelangt eine 15prozentige Dividende, welche eine Summe von 1,2 Millionen Mark (im Vorjahr 900.000 M.) beansprucht. Die Lantime des Vorstandes beträgt 70.644 (68.870) M., die des Aufsichtsrats 122.859 (105.423) M. Das sind ganz beträchtliche Lohnverhöhnungen der Aktionäre, des Aufsichtsrats und des Vorstandes. Der Abiaz an Produkten erfuhr eine Erhöhung von 9.552.039 M. auf 10.067.637 M. Zur billigen Beschaffung des Rohmaterials wurde eine Gesellschaft „Cruernos“ gegründet. Die Firma war demgemäß in der Lage, für die dem Konzern angeschlossenen Betriebe das Rohmaterial billig zu beschaffen und konnte, wie der Bericht schreibt, den vorausgesehenen Konkurrenzämpfen erfolgreich begegnen. Weiter vermerkt der Bericht: „Auch im laufenden Jahre sind der Abiaz aller unserer Waren und ihre Preise befriedigend und unsere Werte gut beschäftigt.“ Weiter kommt als profitiegenderes Element ein

neues Verwertungsverfahren in Betracht, das ein Produkt liefert, für welches etwa 2000 bis 4000 Mk. pro Waggon mehr als bisher erzielt werden. Die Ausbeuten sind dabei, bei gleichbleibenden Ziegelfabriken, höher geworden. — Der Aufsichtsrat der Rütgerwerke beschloß, der Generalversammlung der Aktionäre eine Dividende von 12 Prozent für das Jahr 1911 gegen 11 Prozent im Jahre 1910 vorzuschlagen. Der Reingewinn für 1911 beträgt 2 809 052 Mk. gegen 2 572 555 Mk. pro 1910. Dem Wöhlfahrtsfonds werden 100 000 Mk. zugewiesen. Die Aufsichtsrat für das laufende Geschäftsjahr sind nach den Mitteilungen der Verwaltung: Friedrich. — Hamburg. Die Gerb- und Färbefabrik H. Penner u. Co. bringen auf das Geschäftsjahr 1911 18 Prozent Dividende zur Ausschüttung. — Helfenberg. Die chemische Fabrik Helfenberg erzielte bei erhöhtem Umsatz inkl. Vortrag einen Reingewinn von 145 712 (153 732) Mk., wovon wieder 9 Prozent Dividende zur Verteilung gelangen. — Winkel. Der Reingewinn der chemischen Fabrik vormals Goldenberg, Gremont u. Co. stieg von 150 000 auf 180 000 Mk. pro 1911. Die Dividende kommt wieder in einer Höhe von 12 Prozent zur Verteilung. An derselben nehmen die neuen Aktien in Höhe von 500 000 Mk. mit teil. Der Verwaltungsrat teilt mit, daß infolge Ueberproduktion an Weinsäure und Zitronensäure die Preise gesunken seien, auch ging der Absatz wegen der italienischen Konkurrenz zurück. Die Weinsäurefabrik Johann Bentler in Ludwigshafen hat die Firma eine Interessengemeinschaft abgeschlossen und erhofft dadurch eine Verbesserung der Rentabilität. Die Verwaltung beabsichtigt im laufenden Jahre die Fabrikation anderer Artikel aufzunehmen, um einem Rückgang des Gewinns vorbeugen zu können.

× Aus den Höchster Farbwerken.

Im Betriebe der „Anilin“ herrschen einige Mißstände, deren Abstellung hauptsächlich nur dieses Interesse bedarf. Etwa 40 Arbeiter der Nachschicht können ihr Nachschicht und Vesper nicht im Schraume zu sich nehmen, weil dieser seit dem Eintritt des neuen „Ober“ abgeschlossen wird. Nur in der Zeit von abends 8—9 Uhr ist er geöffnet. Am Mitternacht, der Zeit der Hauptmahlzeit, und um 4 Uhr beim Kaffeetrinken sollte der Raum ebenfalls offen sein. Im Interesse ihrer Gesundheit sollten die Arbeiter schärferen Protest dagegen erheben, weil der größte Teil der Arbeiter das Essen im Arbeitsraum zu sich nehmen muß. Circa 20 Personen benutzen den Umkleieraum, in welchem sich nur zwei Tische und vier Bänke befinden. In den Pausen können die Arbeiter sich auch nicht ausruhen. Auf Werkbänken im Maschinenraum usw. verbrühen sich die Arbeiter aus dem giftigen Raum, um die kurze Zeit etwas bessere Luft zu haben. Ein weiterer Mißstand besteht in der Rigorosität, unter der die Arbeiter zu leiden haben. Wenn ihnen in der Ruhezeit die Augen zugefallen sind und sie infolge dessen den rechtzeitigen Wiederbeginn der Arbeit versumt haben, wird ihnen erbaumungslos eine Stunde Lohn abgezogen. Es wäre doch angebracht, daß irgendein Signal zum Beginn der Arbeit gegeben würde. Auch eine Uhr wäre höchst notwendig. Der Gesamtarbeiterverband aber legen wir ans Herz, sich besser zu organisieren, um einen stärkeren Druck hinter diese Forderungen zu bringen.

× Schon wieder eine Explosion in Schleibsch.

In der Dynamitfabrik von Nobel u. Co. in Schleibsch erfolgte am 15. März gegen 4 Uhr wiederum eine starke Explosion, die das Dach der Abfallkammer forttrieb. Die Explosion soll dadurch entstanden sein, daß sich Rückstände in einem Bottich versetzten. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Nach der Explosion haben sofort gegen 30 Leute das Arbeitsverhältnis gelöst. Es muß in diesem Betrieb doch etwas nicht seine Wichtigkeit haben; vielleicht sieht die zuständige Behörde einmal gründlich nach, denn man ist sich ja in der Umgebung seines Lebens nicht mehr sicher.

× Unfall-Sitze.

Eine Anzahl Unfälle werden aus der Badischen Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen gemeldet. Der Arbeiter Eismann verbrannte sich kürzlich im Anhydrit Hände und Füße und liegt seit mehreren Wochen an diesem Unfall im Krankenhaus. Im Kesselhaus 257 verbrannte sich vor ungefähr drei Wochen der Heizer Schäl aus Jagelheim. Auch er liegt im Krankenhaus. Im Indigobau 293 verbrannte sich kürzlich ein Arbeiter beide Füße. Im Indigobau 263 verbrannte sich der Arbeiter Schmitt in der Nachschicht am 4. März Gesicht und Augen mit Lauge, so daß er seit dieser Zeit arbeitsunfähig ist. Am 11. März fiel der Arbeiter Anhalter im Indigobau 263 von der Treppe. Schwere Kopfverletzungen und ein Armbruch waren die Folgen. Dem Arbeiter Jakobial fiel vor kurzer Zeit im Bau 286 ein 7—8 Zentner schweres Eisenstück auf den Fuß und drückte die große Zehe breit. Auch Jakobial ist noch arbeitsunfähig. Hoffentlich trägt die Veröffentlichung dazu bei, daß die Direktion die zum Unfall führenden Mängel abstellt.

⊗ Zement- und Ziegel-Industrie ⊗

Achtung, Zieglerkollegen!

Bei der nun allmählich beginnenden Abreise nach den Ziegeleien ist darauf zu achten, daß die erworbene Mitgliedschaft nicht wieder verloren geht. Zu diesem Zweck ist erforderlich, daß die Kollegen durch die Zählstellenleitung ihre Mitglieds-legitimation in Ordnung bringen lassen, entweder durch Beitragsmarken oder Freimariken. (Einzelmitglieder wenden sich an den Hauptvorstand.) Liegt die neue Arbeitsstelle in bequemer Nähe einer Zählstelle (siehe Adressenverzeichnis), so hat die Anmeldung per Postkarte dort zu erfolgen. Ist eine Zählstelle nicht in der Nähe, so bleiben die Kollegen der Heimat-Zählstelle angeschlossen und erhalten von dort ihre Zeitung und Beitragsmarken, letztere gegen monatliche oder sechs-wöchige Ein-sendung der Beiträge. Vom Hauptvorstand werden Zeitungen nur an Einzelmitglieder ver-fandt. So die Zeitung nicht nach der Ziegelei gehen soll, kann sie an die Adresse eines Bekannten gesandt werden, von wo sie dann abgeholt ist. Auf alle Fälle ist vor der Abreise die Adresse bei der Zählstellenleitung zu hinter-lassen. Alle wichtigen Vorkommnisse auf den Ziegeleien sind an Chr. Berg, Hannover, Kistofstraße 7, 2. St., Mittelbau, mitzuteilen. Die Agitationsleitung.

— Kroaten und „Christen“.

Für den gegenwärtigen Kampf in der Porzellanindustrie hat sich bekanntlich das Zentrum der „Christlichen“ Kera-marbeiter um die Seite der Unternehmer geschlagen und sich damit offen als die Lehmannsgruppe bekannt. Es entspricht dies natürlich vollkommen dem inneren Wesen der „Christen“, das wir nach je anders bewerten haben. Was uns veranlaßt, davon besonders stark zu sprechen, ist nur die zunehmende Ausdehnung, mit der sie ihren zentralen Punkt zu beschönigen suchen. Auf einer Konferenz erklärten die Lehmannsgruppen, daß sie nicht wüßten, ob bei der Porzellan-arbeiteremigration die Arbeiter oder die Unternehmer recht hätten, sei es denn für sie nicht vorhanden. Damit ist der Vorwurf des Anbiederens nicht ohne Grund, können sie ihre Demut vor, die sich aber in falschen Formulierungen, wie sie hier zutage tritt, nicht im nächsten Zusammenhang nicht findet. Bei einer Aussprache, bei der in hundert Hände Tausende von Arbeitern aus Platten geworfen werden, um sie durch den Hunger gezwungen und unermüdet zu machen, wollen diese „Christen“ nicht wissen, ob die Arbeiter oder die Unternehmer im Rechte sind. Aber sie wissen sofort, daß sie in diesem Punkte die Seite der Unternehmer, zu den Arbeitern, gehören, sie schütten sich zu dem Arbeiterstand hinüber. Das nennt man „christliche“ Arbeiterschaft? Natürlich hat die Unternehmung über die „christliche“ Hilfe bedacht. In Nr. 10 der „Arbeitsbewegung“ finden sie folgenden Text aus: „Durch diese Haltung der Christlichen wird die Stellung der Porzellan-fabrikanten wesentlich gehoben.“ Damit haben die „Christen“ vor den Unternehmern den so sehr begehrten Schutzschirm empfangen, dessen sie schon immer würdig waren. Dieses Bandel der Schande wird ohne Zweifel keine Wirkung außer den wirklich gefährlich denkenden Arbeitern nicht verfehlen.

Die Schädlichkeit der „Christen“ wird am besten gekennzeichnet durch das Verhalten von 170 Kroaten, die beim Bergarbeiterstreik als Streikbrecher nach dem Stützgebiet gelockt wurden. Die Kroaten, die sich nicht als „Christen“ aufführten, handelten christlicher als die „Christen“, sie machten sofort Rekrut, als sie von dem Streik der Bergarbeiter erfuhrten, bei dem sich die „Christen“ ja auch als Streikbrecherorganisation, als Hort der Gendarmen bewährten. Die Kroaten trugen nicht erst, ob die Arbeiter oder die Besenherren recht haben, sondern als ihnen be-deutet wurde, daß ihre Arbeitsbrüder im Kampfe stehen, wollten sie keinen Bruch aben und bekundeten Solidarität. Die „Keramarbeiter-christen“ aber stellten sich selbst bei einer sribolen Aussperrung in die Reihen der Unternehmer und halfen ihre Leidensgefährten nieder-zuschlagen. Hier werden die „Christen“, denen der Mund stets von Ehrlichkeit krieselt, von den als roh und gefühllos verschrienen Kroaten tief beschämt. Dieser geht's wohl nimmer!

— Eine noble Firma.

Wenn der Winter mit seiner Arbeitslosigkeit vorüber ist und die Arbeitsangebote sich vermehren, da verläßt so mancher Arbeiter die alte Arbeitsstätte, um sich nach anderer Arbeit und höherem Verdienst um-zuschauen. Und da ist es an der Zeit, die Arbeitssuchenden zu unterrichten, was für Zustände in den einzelnen Betrieben herrschen. Ganz besonders möchten wir der Öffentlichkeit von den Zuständen in dem Scha-motte- und Tonwerk Thonberg-Frietich bei Ramenz unterrichten. Es ist Tatsache, daß dieses Werk 25 Pf. — fünf und zwanzig Pfennig — Stundenlohn zahlt. Darum muß das Werk seine Arbeitskräfte oft weit, weit herholen, aus Galizien und Polen. Ausländer sind in Deutschland rechtlos. So mancher in der fernem Heimat abgeschlossene schöne Arbeitsvertrag wird ungültig, sobald der fremde Arbeiter deutschen Boden betritt. Das wissen Ausländer nicht. Sie kennen deutsche Arbeitergesetze nicht. Sie können nicht deutsch sprechen und so nicht ihr Recht vor deutschen Behörden und Gerichten finden. Unfallversicherungsbestimmungen, Arbeitsordnung, Betriebsan-lassenstatut und Lohnzettel, alles in deutscher Sprache, haben Geltung für den Ausländer, aber er kann sie nicht le!

Im Jahre 1907, kurz vor Weihnachten, brach ein Russe einen Arm. Da der Kontrakt einige Tage später abließ, reiste der Mann mit ge-brochenem Arm in seine Heimat. Er hatte der Krankenkasse die Beiträge geleistet, sie aber kam auf diese Weise um die Ausgaben für die Heilung des Armes herum. Das beweist, daß der Bergarbeiter die Kasseneisungen nicht kannte. Welche „ungeheuren“ Summen von Lohn den Leuten im genannten Jahre ausgezahlt wurden, das weisen die vorhandenen Lohn-zettel nach. Löhne von 13,25 Mk. pro Woche für Männer waren keine Seltenheit. Davon gehen ab bei Männern 6 Mk. Verpflegung und 48 Pf. Versicherungsbeiträge. Jedem Fremden wurden ratenweise 30 Mk. Kautions abgezogen, und hierin wurde noch recht rigoros verfahren. So wurden

Kollegen!

Die Kampagne 1911 war für die Ziegelei-arbeiter eine Kampagne des Fortschritts. Damit auch die diesjährige Kampagne eine solche wird, muß schon jetzt gerüstet werden. Die Werbe-tätigkeit für unsere Organisation muß jetzt ver-doppelt werden, jeder einzelne muß sich als Pionier der Arbeiterfrage betätigen, damit die Reihen der organisierten Ziegeleiarbeiter gestärkt werden. Vorwärts muß es gehen, allen Gewalten zum Trotz!

zwei Arbeitern je 6 Mk. Kautions von 13,25 Mk. Lohn abgezogen, so daß nach Abzug von 6 Mk. für Kost und 48 Pf. Krankentagebeiträge die Arbeiter am Sonntag noch je 82 Pfennig erhielten. Mit der Einziehung der Kautions hatte man es wohl deswegen so eilig, weil man fürchtete, die Arbeiter könnten diesem Dazado schnell wieder den Rücken kehren. Wenn sie kein Geld in die Hände bekommen, ist das sehr er-schwerend. 82 Pf. ist aber noch nicht der niedrigste Betrag, der ausbezahlt wurde. So erhielt der Arbeiter Josef Urban ganze 64 Pf., August Guber 56 Pf., ein anderer 37 Pf., Wolona Baby 31 Pf., Josef Sitoro 12 Pf., Josef Szczala 3 (bei) Pf. in der Lohnkassette.

Bei all den Mißständen wird der Arbeiterkampf natürlich das Koalitionsrecht bevorzugen. Wer organisiert ist, der flieht. Seit 1907 sind vier Jahre vergangen, und wir glauben nicht, daß es seitdem viel besser geworden ist. Nach Ansicht des Aufsehers Zieschid haben es die Leute bei ihm gut. Wenn sie auch wirklich einmal im Nord (sicher) ver-dienen, so belämen sie doch ihre 25 Pf. Stundenlohn. Die Ziegelei Cunnertsdorf beschäftigt ebenfalls in der Mehrzahl Ausländer, und Herr Zieschid meint, dort sei es noch „viel schlimmer“. Damit gestand er ein, daß es auf dem Tonberge „sehr schlimm“ ist. Dies allen Arbeit-suchenden zur Warnung.

— Ein Skandalvertrag.

Welche Bedingungen den Arbeitern oftmals im wirtschaftlichen Leben gestellt werden, möge folgendes zeigen: Der Ziegeleibesitzer Grell in Darmstadt hat seinen Arbeitern einen Kontrakt zur Unter-schrift vorgelegt, der den Wochenlohn von 24 Mk. vorseht. Der Unter-nehmer ist berechtigt, während der ganzen Kampagne jede Woche 3 Mark vom Lohn einzubehalten. Treten Betriebs-störungen ein, so hat der Arbeiter für diese Zeit keinen An-spruch auf Lohn. Bei ungebührlichem Betragen kann der Arbeiter sofort entlassen werden und hat keinen Anspruch auf den einbehaltenen Lohn. Derselbe Strafe hat der Arbeiter zu gewärtigen, wenn er das Arbeitsverhältnis vor Schluß der Kampagne auflöst. Das Sonderbarste ist, daß der Unternehmer den Kontrakt nur den neu eingestellten Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt hat. Kurios müde es an, wenn Herr Grell versichert, daß der Kontrakt nichts schlechtes für die Arbeiter bedeutet. Es sind dies doch nur Be-stimmungen, die dem Unternehmer sowie dem Betriebsleiter die Mög-lichkeit bieten, mit dem Arbeiter Faustball zu spielen. Diese Be-stimmungen sind nach der Rechtsprechung als unzulässig zu bezeichnen. Hier zeigt sich wieder, daß die Arbeiter alle Ursache haben, sich mehr um ihre Organisation zu kümmern. Erst wenn der letzte Arbeiter der Organisation angehört, ist die Möglichkeit gegeben, den Unternehmern einen derartigen Skandalvertrag vor die Füße zu werfen.

— Eine „Antierziegelei“.

In dem Tonwerk Bestheim bei Worms herrschen gegen-wärtig Zustände, die geeignet sind, diesen Betrieb als Muster der Rück-sichtlosigkeit erscheinen zu lassen. So befindet sich der Arbeiter-schlagbaum in einem lehrreichen Zustand, das daran sieht, daß die dort aufgenommene Kleidung der Arbeiter verschimmelt. Kleider-schätze sind dort unbekanntes Ding. Ebenso sind für 20 Arbeiter nur drei Stühle vorhanden. Auf dem Abort steht das Dach, so daß sich die Arbeiter bei schlechtem Wetter mit einem Regenrinn versehen müssen, wenn sie diesen Ort besuchen wollen. Die schiefen Ebene ist kaum ein Meter breit und ohne Geländer, wodurch sich die Unfallgefahr erheblich steigert. Diese Mißstände werden durch das rigorose Regiment des Ziegeleibesitzers Krnel noch vervollstän-digt. Vor allem heißt die Antierzegelei in voller Blüte. Die Vor-schicht, den Brennern jeden dritten Sonntag frei zu geben, bleibt vollständig unbeachtet; für diese hat der Meister einen Kalender ohne Sonntage zusammengestellt. Mit keinem Verdienst beim Zeichnen können die Meister auch nicht auskommen, denn er nimmt für das Brot, das beim Räder 50 Pf. kostet, 52 Pf. Ob er als Brot-händler Gewerbesteuer entrichtet, ist uns nicht bekannt; vielleicht läßt sich der Gewerbesteuer den Gewerbesteuern einmal vorlegen. Als kürz-lich ein Arbeiter diese „Proffimazerzi an Arbeiter-gesellen“ sagte, wurde er von dem ehrenwerten Meister mit „Um-p“ beschimpft. Nach der Ansicht dieses „Gern“ sind also die Arbeiter, die sich nicht überbieten lassen wollen, nur „Um-pen“, und diejenigen, die sich gern auf Kosten der Arbeiter bereichern möchten, sind „ehrliebe

Meuschen“. Begriffsverwirrung ist eben eine weitverbreitete Ziegelei-mißstand. Außerdem zählt Herr Krnel, dessen Biene in Lippe stand, seinen Arbeitern auch wöchentlich 2 Mk. weniger Lohn als er ihnen bei der Annahme versprochen hatte. Diesen Betrag empfehlen wir der besonderen Aufmerksamkeit der Gewerkeinspektion, den Ziegeleimeister Krnel aber dem Gedächtnis der Ziegeleikollegen.

— Ein „gebildeter“ Ziegeleiverwalter.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdienen die Zustände in der Ziegelei in Heibingfeld. Die Art und Weise, wie der dortige Verwalter mit den Ziegeleiarbeitern umgeht, ist nicht mehr auszuhalten. Vor allem wäre zu wünschen, daß dem Herrn Verwalter einmal von den Inhabern der Fabrik das Werk „Knigges Umgang mit Menschen“ eingehändigt würde. Sie könnten ihm ja den Betrag dafür von seiner Befolgung abziehen. Sie verdrägt dies und noch viel mehr. Desto weniger verdrägt aber der Schundlohn von 34 Pfennig pro Stunde solche Zumutungen, wie sie derselbe Herr vor einigen Tagen an einen Arbeiter stellte, der, um seine Arbeit des Behm-grabens fortsetzen zu können, verlangte, daß ein Glas gelegt würde. Diese Gleisung sollte der Arbeiter bei dem Stundenlohn von 34 Pf. noch unentgeltlich dreingeben. Wie da noch jemand eine Familie recht-schaffen durchbringen soll, sagte der Verwalter nicht. Ebenso steht es, wenn ein Arbeiter Geschirr braucht. „Kaufen Sie sich's!“ ist die Ant-wort. Dazu kommen noch die verschändeten Rosenamen aus dem un-fangreichen Schimpfwörterlexikon des Herrn Verwalters, von denen „Maalaffe“ einer der zartesten ist. Und das müssen sich erwachsene Männer bieten lassen für eine der traurigsten Jungereizten der heutigen Zeit. Sollte sich der Herr Verwalter nicht daran kümmern, daß Ziegeleiarbeiter auch so etwa wie Menschen sind, so stehen wir mit weiterem Material zur Verfügung.

⊗ Verschiedene Industrien ⊗

\* Notizen vom Wirtschaftsmarkt.  
Charlottenburg. Die Aktiengesellschaft Johannes Jeserich, Apphalverle und chemische Fabrik, erzielte 1911 384 341 (i. R. 317 190) Mark Gewinn. An Dividende sollen wieder 5 Prozent auf die Vorzugs-aktien und 9 (8 1/2) Prozent auf die Stammaktien verteilt werden. — Karlsruhe-Grünwäld. Die Pressfabrik Sinner erzielte inklusive Vortrag aus 1910 im Jahre 1911 einen Reingewinn von 82 537 (852 225) Mk. Die Dividende gelangt wieder in Höhe von 12 Prozent zur Verteilung, wozu 720 000 Mk. des Reingewinns er-forderlich sind. Die Lantien betragen allein 73 300 Mk., so daß die wenigen Empfänger derselben sich über ein schlechtes Geschäftsjahr nicht zu beklagen haben. Der Bericht bemerkt, daß durch die schlechte Kartoffel-ernte den Brennereien ungenügend Material zur Verfügung steht, so daß eine Erhöhung der Spirituspreise, die wiederum das ganze Destillations-gewerbe beunruhigen kann, nicht ausbleiben wird. Der Absatz an Spiritus hat sich gebessert. — Kellherbach. Das Geschäftsjahr 1911 schloß für die Vereinigten Kunstseilfabriken in Kellherbach wiederum mit einem Verlust von 791 804 (1 365 765) Mk. ab. Zur Deckung des-selben stehen aus den früheren Jahren noch Kapital- und Extrarubeln zur Verfügung. — Salzgulen. Hoffmanns Seilfabriken erzielten nach 323 586 Mk. Abschreibungen 758 672 (818 968) Mk. Reingewinn. Zur Verteilung gelangen wieder 12 Prozent Dividende.

\* Mißstände in Berliner Gummiabriken.

Die Gummiindustrie der Westend kann durchaus nicht als Muster bezeichet werden. Die Arbeitsbedingungen sind verbesserungsbedürftig und die Betriebsverhältnisse nicht minder. In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Oberkornweide hat man fast alle Anträge der Arbeiter auf Gesundheitschutz abgelehnt mit der Motivierung, daß die gewünschten Änderungen zu viel Geld kosten. Die Arbeiter der Isolationsfabrik klagen schon lange darüber, daß sich weder der Miß-stand noch die Brenneien in besonderen Abteilungen befinden, wodurch die Arbeiter unter dem ungeheuren Staub und Gestank leiden müssen. Dazu fehlt es an Ventilation; viele Arbeiter haben sich schon Augen- und andre Krankheiten zugezogen. Man weiß aber, wie man die Arbeiter schädigt, denn bei einer Inspektion sagte ein Vorgesetzter zu einem Arbeiter: „Reinigen Sie den Kessel erst, wenn die Gesundheitskommission weg ist!“ Man fürchtete also, daß die Kommission Anstoß daran nehmen könnte, aber man verheimlicht die Schäden, denn Änderungen kosten „zu viel Geld“. Bei der Firma Herz, wo vor einiger Zeit drei Gummiarbeiter durch eine Explosion ums Leben kamen, wird über den Ingenieur Wegel als Antreiber bei der Arbeit viel Beschwerte geführt. Dieses Antreiben verhindert oft die nötige Vorsicht bei der Arbeit. Die Ventilation, die Wasch- und Garderobeneinrichtungen sind dort unzureichend, auch soll große Unsauberkeit im Betriebe herrschen. In der Norddeutschen Gummiabrik, Tempelhofer Ufer, sind die Verhältnisse sehr ver-besserungsbedürftig. Der Baumstamm, in dem Gummi getrocknet wird, verbreitet zeitweilig einen abschließlichen Gestank, der auch dadurch sehr lästig wird, daß er alle Kleider der Arbeiter durchdringt, denn an Garderobenräumen fehlt es in der Fabrik. Viel gelagert wird dort auch über schlechte Behandlung, besonders durch einen Meister Schulte-Abler-scher, der eine Art Trudsystem eingeführt hat, denn er betreibt mit den Ar-beitern und Arbeiterinnen einen schwunghaften Handel mit Zucker, Kaffee, Kalao und auch Gummiwaren. Die Löhne sind schlecht, und den Ar-beitern wird oft zugemutet, Arbeit nach Hause mitzunehmen. Die Firma Meßler u. Co., Mühlenstraße, scheint ein sehr gefährlicher Betrieb zu sein. Vor einigen Wochen wurde einer 19-jährigen Arbeiterin der Arm an einem sogenannten Krenpel gerammt. Eine andre Arbeiterin ver-magte schwer in der Weberei durch das Herabfallen eines Treibriemens. An den „L“-riemen fehlen die Schutzvorrichtungen, und trotz des Unglücks-falles hat man noch nicht für den notwendigen Schutz gesorgt. Die Wasserflaude und Böden sind unbedeutend und zeitweise ist der Boden des Arbeitsraumes mit Wasser bedeckt. Gefährlich eng ist der Raum zwischen Maschinen und Wand, wo sich die Maschinenansätze befinden. Bei C. Müller-Wilhelmsen fehlen in der Patentabteilung Ventilation und Ab-zug. Die Sulfanilfärbefabrik sind nicht bedeckt, die Pumpe am Schwefel-säuregefäß ist seit langem reparaturbedürftig und die Arbeiter laufen ständig Gefahr, zu verunglücken. Die Garderoberräume sind unzureichend, die Arbeiterinnen müssen zum Umziehen das Klosett benutzen. Das sind nur einige der Klagen, die von den Arbeitern vorgebracht worden. Von den größten wird die Gewerkeinspektion in Kenntnis gesetzt werden; durchgehende Hilfe und Besserung kann jedoch nur der feste Zusammen-schluß der Gummiarbeiter im Verband der Fabrikarbeiter bringen.

\* Die Dachpappenfabrikanten machen scharf.

Am 2. März hielt der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten in Berlin seine 12. Generalversammlung ab. Dabei stand als achter Punkt auf der Tagesordnung, die Ausgestaltung des Verbandes zu einem eigentlichen Arbeitgeberverband, d. h. zu einem Ver-band, der seine Tätigkeit in der Hauptfrage in der Bekämpfung der Ar-beiter erblickt. Bisher hat sich der Verband damit begnügt, eine spezielle „Kommission für Arbeiterfragen“ zu bilden, der die Bekämpfung der Gewerkschaften übertragen war. Das schien einigen Heißhörnern nicht genug, die den ganzen Verband in den Dienst der Scharfmacher stellen wollten. Bei der Abstimmung wurde jedoch die für eine Statuten-änderung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht; es stimmten 52 für und 33 gegen den Antrag auf Umwandlung des Verbandes.

\* Folgenreichere Explosion in einer Zündleinfabrik.

Wie wir dem „Berl. Tageblatt“ entnehmen, ereignete sich am 7. März in der Selbsterei der Deutschen Zündleum- und Wachs-Zug-Compagnie in Eberswalde eine schwere Explo-sion. Beim Laden von Seindol nach einem neuen Verfahren erfolgte durch Ueberhitzung des Kessels eine Explosion. 14 Personen, Beamte und Arbeiter der Fabrik, wurden verletzt, 4 von ihnen so schwer, daß sie in ein Sanatorium gebracht werden mußten. Die übrigen 10 hatten leichtere Brandwunden erlitten. Durch den Kochprozeß stieg die Tem-peratur in einem der Kessel auf einen so hohen Grad, daß ein Ueberhitzung zu befürchten war. Die Beamten bemerkten die Explo-sions-gefahr, alarmierten sofort die Fabrikfeuerwehr und ordneten an, daß familiäre Feuer von den Kesseln entfernt werden sollten. Die Maß-nahmen waren aber schon zu spät getroffen worden. Infolge der großen Hitze erfolgte die Entzündung von Abgasen und unmittelbar darauf eine Explosion, bei der hochendes Seindol aus dem Kessel herausgeschleudert wurde. Bei einigen Arbeitern gerieten auch die Kleider in Brand.